

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der ögl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint ögl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, D. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 24.

Dresden, Donnerstag den 30. Januar 1913.

24. Jahrg.

Der zweite Akt.

Sofia, 29. Januar. Seit Beschluß des Ministerrates wurde das Kommando der bulgarischen Armee in der Westfront auf den Generalen G. G. G. übertragen.

Gestern haben die Balkanbelegten den türkischen Vertretern in London die Note überreicht, die den Abbruch der Verhandlungen begründet; heute läßt für die Bulgaren der Waffenstillstand ab; morgen werden vor Adrianopel und Thessalonika die bulgarischen Kanonen wieder sprechen und die der anderen Verbündeten werden nicht lange auf sich warten lassen. Neue Totenmassen werden sich auf den Schlachtfeldern häufen und die Kriegsbefehle werden auf blutgetränktem Boden neue Organe feiern.

Damit beginnt der zweite Akt des Balkankrieges. Im ersten spielte sich der Zusammenbruch der osmanischen Armee ab, ein Zusammenbruch, der mit den Kämpfen an der mazedonischen Nordgrenze begann und bei Konstantinopel und schließlich Burgas vollendet wurde. Ein böser Akt! Was dann folgte, ist nur eine Art Zwischenakt: Waffenstillstand, Friedensverhandlungen, Gefesselt um Adrianopel, um die östlichen Inseln, um die Kriegsentwässerung, die tragische Note der Mächte, die den jungtürkischen Handreich zeigte und fortzuehend den Abbruch aller Verhandlungen. Wieder ein böser Akt! — wenn sich's auch nur um ein Zwischenspiel handelte.

Und der nun folgende zweite Akt? Wird er den Knoten auflösen, die Probleme lösen? Und wie lösen? Werden die Bulgaren den zweiten Akt mit demselben stürmenden Eifer beginnen wie den ersten? Werden die letzten Egeen vor Konstantinopel spielen oder werden die Türken unerwartete Offensivkräfte zeigen? Nach menschlichem Ermessen steht es für die Türken am Anfang des zweiten Aktes nicht besser als zu Beginn des ersten. Die letzten Meldungen vom Zwiß im Offizierskorps scheinen nicht übertrieben zu haben. Ein neues Telegramm erzählt bereits von Gefechten zwischen den feindlichen Eliten:

Konstantinopel, 29. Januar. Die Situation ist außerordentlich gefährlich. Das Meer ist in zwei feindliche Lager geteilt, für und gegen das Komitee. Wie die türkische Zeitung meldet, ist es nicht nur in den Linien von Thessalonika, sondern auch in den Befestigungen der Dardanellen, des Bosporus, von San Stefano und in der Kriegsschule von Papanicolaou Kämpfe zwischen beiden Parteien innerhalb des Heeres gekommen. In habe meco sollen die Kämpfe fast Sonnabend anbauen. Angeblich kommen täglich Verwundete nach Konstantinopel, darunter 72, davon 20 Offiziere, gestern 123, davon 21 Offiziere. Die Zahl der Toten ist unbekannt. Der Militärbund hält an verschiedenen Stellen Versammlungen gegen die Jungtürken ab. Die Feinde des Komitees verlangen den Kopf des Führers von Nazim Pascha und drohen mit einem Aufstand nach Konstantinopel. Der Stabschef führt täglich im Automobil von einer Vorposten zur anderen, um die Truppen zu beruhigen. Die fremden Regimenter beschützen ihre Schuttposten. An Bord der fremden Kriegsschiffe sind die Landungstruppen bereit, auf das erste Signal einen Stürm um Pera und Galata zu wagen.

„Das Meer in zwei feindliche Lager geteilt“, das hat den Türken zu allem Unglück noch gefehlt! Zwar wird von Konstantinopel aus unerwarteterweise demerkt, aber da die Elitenkämpfe im osmanischen Heer ein bekanntes altes Kapitel sind, müssen alle dahin zielenden Demenst als Notlagen der bedrängten Regierung gelten. Man weiß, daß am Ende der jungtürkischen Herrschaft im Sommer 1912 die Wiederernennungen und Rehabilitierungen verjagter Komiteefeindlicher Offiziere, Beamter und Märdenträger erfolgten. Leute, die sich jetzt wieder von den Anhängern und Günstlingen des abermals zur Herrschaft gelangten jungtürkischen Komitees bedrängt, verdrängt fühlen. Darum jetzt ist die herrschende Clique von gestern gegen die von heute zur Wehr — und so dürfte das türkische Volk dank dem Kampfe seiner herrschenden Schichten auch im zweiten Akt nicht besser abschneiden denn im ersten. Wenn die gegnerischen Klause nicht so ermattet sind, daß das Ende des Dramas auch ihnen zum Drama wird!

Es kommen da neuerdings Nachrichten aus Belgrad und Sofia, die nichts von der alten Kriegsbegeisterung zu melden wissen. Im Gegenteil: zu den bulgarisch-griechischen Zwistigkeiten sind serbisch-bulgarische gekommen. Die Bundesbrüder trauen einander nicht mehr über den Weg, jeder glaubt sich von dem andern überverteilt, einer wirft dem andern vor, daß er in den okkupierten mazedonischen Gebieten die Angehörigen der verbündeten Nation maltreatiere, wie es ehemals die türkischen Weis nicht besser vermochten. Das und dazu der Widerstand Skutaris, wo sich die Montenegroer verbündeten, Janinas, wo sich die Griechen eine Schlappe nach der anderen holen, und Adrianopels, wo die Bulgaren bisher vergebliche Wutopfer haben bringen müssen — das alles hat die Verbündeten verdrrieht und Kriegsmüde gemacht. Serbien scheint diese unruhig, den Bulgaren Adrianopel erobern zu helfen. Es sagt sich: was

nützt uns die Beseitigung der Türkenherrschaft, wenn sich neben uns ein übermächtiger bulgarischer Rivale auflaut. Nach einer Belgrader Meldung sollen sich sogar mehrere erbliche Minister gegen eine Fortsetzung des Krieges ausgesprochen haben; Ministerpräsident Pajitch habe die Erklärung abgegeben, daß Serbien momentan nicht in der Lage sei, das Beharren Bulgariens auf den Besitz von Adrianopel mit den Waffen zu unterstützen. Das sind Meldungen, die wirklich nicht auf übertriebene Einigkeit und Kriegsbegeisterung der Verbündeten schließen lassen.

Der zweite Akt des Balkankrieges kann also leicht so reich an Ueberraschungen werden wie der vorhergegangene. Wird die gemeinsame Gefahr die vier Balkanmächte bis zum Kriegsende Seite an Seite halten? Wird der Kampf im türkischen Lager unter dem Donner der feindlichen Geschosse verstummen? Wird der osmanischen Armee ein Napoleon erleben? Was wird Rußland tun, was Oesterreich und was Rumänien?

Jetzt vorn Endakt des Balkandramas, wäre es vorzuziehen, seinen Ausgang zu prophezeien, als zu Anfang der blutigen Tragödie. Für die zusehenden Völker Europas gilt vorläufig nur eine Notwendigkeit: der Diplomatie auf die Finger zu passen!

Der Zwiß im türkischen Lager.

Paris, 30. Januar. Nach einer Konstantinopeler Meldung des Matin sind bei den im Lager von Thessalonika zwischen den Anhängern des ermordeten Kriegsministers Nazim Pascha und jungtürkischen Offizieren stattgefundenen Kämpfen 42 Offiziere getötet oder verwundet worden. In den Kämpfen hätten sich namentlich die kaiserlich-türkischen Bataillone beteiligt, die die Ermordung ihres Landmannes Nazim Pascha rächen wollten.

Konstantinopel, 30. Januar. Das jungtürkische Komitee hat eine Proklamation veröffentlicht, in der es die Bildung eines Ausschusses für die nationale Verteidigung angeht. In der Proklamation heißt es: Seit 600 Jahren ist die Türkei nicht in solcher Lage gewesen. Das Vaterland ist in Gefahr. Unsere Pflicht ist es, das heilige Erbe unserer Vorfahren, unseren Glauben, unter Vaterland, unsere Nationalität und Ehre bis zum äußersten zu verteidigen. Wir haben den endgültigen Beschluß getroffen, die türkische Souveränität über Adrianopel und die Megalischen Inseln sicherzustellen und in allen anderen von den Feinden besetzten Orten unsere nationalen Rechte und Interessen soweit wie möglich zu verteidigen.

Griechische Mißfolge vor Janina.

Konstantinopel, 29. Januar. Der Kriegsminister hat eine Depesche des Kommandanten von Janina erhalten, die besagt, daß die feindliche Armee im Süden von Janina sich seit 20 Tagen untätig im Verteidigungszustand verhalte. Die feindlichen Kolonnen in der Gegend von Kidonai seien zurückgeworfen worden. Ostlich von Kerkiron habe zwischen türkischen Abteilungen und zwei feindlichen Bataillonen ein Gefecht stattgefunden, wobei diese geschlagen wurden.

Keine Kreditgewährung an die Sparte.

Konstantinopel, 29. Januar. Nach einer Meldung einer hiesigen Zeitung hat eine Bank der neuen Regierung ein Darlehen von 2 bis 3 Millionen Pfund angeboten; diese Nachricht ist jedoch unwahr. Es ist möglich, daß auf Grund neuerlicher Zusicherungen das Syndikat der Metropolitanbahn einen Kredit von 400 000 bis 500 000 Pfund gewährt, da jetzt die Konzeption unterzeichnet ist, eine Eisenbahnlinie herüber liegt jedoch noch nicht vor. Um einen Teil der notwendigen Gelder zu zahlen, entlehnte die Regierung 150 000 Pfund dem roten Goldmarkt.

Der neue Kriegsruf der Bulgaren.

Sofia, 29. Januar. General Sadow hat an die Armee einen Tagesbefehl erlassen, in dem er darauf hinweist, daß der Feind nicht einen Zoll breit des Landes abtreten will, das von den Regieren verbündeten Heeren erobert worden ist. „Bereitet euch deshalb für neue Siege vor!“, so schließt der Befehl. „Mit eurem unüberlebensfähigen Vortrübstitzen beweist dem Feinde und der ganzen Welt, daß das bulgarische Vaterland mehr Mühe verdient.“

Die rumänische Exprefferei.

London, 29. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben Dr. Danon und der rumänische Gesandte Ritschi bei ihrer heutigen Besprechung ein Protokoll ausgearbeitet, in dem die Ansichten beider Seiten zum Ausdruck kommen. Wie das Reutersche Bureau erfährt, verlangt Rumänien in dem von Ritschi und Danon ausgefertigten Protokoll neben den Gebietsabtretungen auch Garantien für die Autonomie der Rumänischen in dem Gebiete, das Bulgarien ausfallen wird. Es begründet seine Ansprüche mit der durch den Krieg hervorgerufenen Aenderung des politischen Gleichgewichts.

Sofia, 29. Januar. Während die offizielle Presse über die rumänischen Forderungen schweigt, verurteilen einige oppositionelle Blätter das Vorgehen Rumäniens in den kürzlich erschienenen. In der Öffentlichkeit herrscht über das Vorgehen Rumäniens große Erbitterung.

Da die Verhandlungen zwischen den bei der Winternschiffahrt in Frage kommenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer gescheitert sind, dürfte es zu einem Kampfe kommen, an dem 12 000 Arbeiter beteiligt sind.

Zwischen der Firma Rob. Koch in Stuttgart und der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart sind Verhandlungen wegen der schwelenden Differenzen eingeleitet.

In der Deutsch-Oesterreichischen Geldschrank- und Automatenbau-Gesellschaft in Berlin ist ein Streik ausgebrochen.

Bulgarien hat der Türkei den Waffenstillstand gekündigt.

Bei Janina haben die Griechen neue Schläppen erlitten.

Für die Republik China.

Seit einigen Tagen weist der demokratisch-republikanische Chinese Gain-ju-fia, nachdem er andere Hauptstadt Westeuropas besucht hat, in Berlin. Er hatte auch Besprechungen mit einigen unserer Parteigenossen und nahm am Mittwochabend an der Sitzung unserer Reichstagsfraktion teil, um den Zweck seiner Reise darzulegen. Gain-ju-fia, der einen überaus sympathischen Eindruck macht, wurde durch Genossen Vebel eingeführt. Vebel erwähnte den gewaltigen Bedarf der Geschäfte im fernem Osten; wie falsch waren doch, so führte er aus, die Vorstellungen, die man sich vor noch wenigen Jahren über China und die Chinesen gemacht hat, jetzt seien wir auch dieses riesige Land in überraschend schnellem Tempo auf der Bahn der neuzeitlichen Entwicklung. Wir bewillkommen daher unsern Gast als einen Vertreter des neuen China auf herliche.

Danach führte Gain-ju-fia in französischer Sprache etwa folgendes aus:

Es ist mir eine große Freude, an dieser Sitzung teilnehmen zu dürfen. Die Aufgabe, die ich mir für meine Reise nach Europa gestellt habe, ist, in den verschiedenen Ländern parlamentarische Gruppen von Freunden der Republik China zu bilden. Diese Gruppen setzen sich zusammen aus Vertretern der Parteien der Linken. In erster Reihe haben sich die Sozialisten beteiligt. Solche Gruppen sind bereits in England, Frankreich, Portugal, Italien, Oesterreich begründet worden. Welchem Zwecke sollen diese Gruppen dienen? Der Zweck ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage der chinesischen Republik. Die junge Republik ist ernsthaften Bedrohungen ausgesetzt, besonders von Seiten Rußlands und Japans. Die jetzige chinesische Regierung aber, die den Absolutismus beibehält, ist nicht nur demokratisch, sondern sie wünscht die Republik auch als eine Friedensrepublik im Gegensatz zum Militarismus zu entwickeln. Rußland und Japan verfolgen ein anderes System und sie versuchen alles mögliche, um uns zu lähmen. Die chinesische Freiheit ist schwer bedroht. Da ist es sicherlich die Sache aller Menschen, die für Demokratie und humane Prinzipien eintreten, der jungen Republik ihre Unterstützung zu leihen. Gewiß kommt in erster Linie in Frage, daß die Republik sich selbst hilft. Das chinesische Volk könnte, um sich zu verteidigen und um seine nationale Existenz zu sichern, eine Armee der Verteidigung organisieren. Aber es mangelt dazu sowohl an Geld wie an den technischen Mitteln. Eine militärische Entwicklung könnte aber auch die Gefahr der Niederlage bringen und den Bestand der Republik bedrohen. Also möchte das junge China am liebsten seine Zukunft in friedlichen Maßnahmen suchen. Wir hoffen, daß das chinesische Volk in zwanzig Jahren ebenso ein unabhängiges wie unabhängiges Volk sein wird. Wir hoffen durch Demokratie und Friedenspolitik am weitesten zu kommen.

Die Gruppen aber in den europäischen Ländern möchten dazu dienen, um überall Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben. Die Presse in Europa ist oft über die Absichten der chinesischen Republik ganz falsch unterrichtet. Die Gruppen sollen in die Lage versetzt werden, die Wahrheit über China in Europa zu verbreiten. Sie können in den verschiedenen Parlamenten einen wohlthätigen Einfluß auf die Diplomatie ihrer Länder ausüben. Sie können die öffentliche Meinung zugunsten der chinesischen Republik aufklären und Sorge treffen, daß die Politik der Bedrohungen gegen China abgeschwächt und überwunden wird.

Die vom Genossen Vernelin vollzogene Uebersetzung der Ausführungen wurde von der Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Vebel sprach dann noch die volle Sympathie der Fraktion für die Auffassungen und Bemühungen des chinesischen Gastes aus. Die Frage der Bildung einer deutschen parlamentarischen Gruppe für China sollte noch geprüft und entschieden werden, aber von vornherein sei zweifellos, daß die sozialdemokratische Fraktion gern bereit ist, sowohl an der Herstellung solcher Nachrichten über die chinesische Republik mitzuwirken als auch, falls auf deutscher Seite Schwierigkeiten gegen die chinesische Republik bereitet werden sollten, alles Erforderliche und Mögliche dagegen zu tun.

Mit herzlichem Dank für die freundliche Aufnahme nahm der Gast Abschied, von unserer Fraktion.

Die interessanten Eindrücke, die noch vor kurzem unentdeckt gewesen sind, zeugt von dem großen Wandel der Ereignisse in

unserem Zeitalter. Als vor noch langer Frist (1898) die deutsche Sozialdemokratie den Einfall der europäischen Mächte in China und die gewalttätige Festsetzung in Kiautschou bekämpfte, da ahnte wohl niemand, daß wir schon 1913 einen Vertreter der Republik China als Gast und Freund in unserer Mitte bewillkommen könnten!

Deutsches Reich.

Der Reichstag gegen den Kanzler.

Der Deutsche Reichstag wird bei der Abstimmung über die Polenpolitik der Regierung dem Reichskanzler ein Misstrauensvotum erteilen. Das ist das sichere Ergebnis der Interpellationsdebatte vom Mittwoch. Vermutlich tröstet sich Herr v. Bethmann-Hollweg mit dem Bewußtsein, daß in unsern unparlamentarischen Verhältnissen seine Ministerregiment damit nicht gefährdet ist. Vielleicht wird er sogar die Gelegenheit nicht ungern benutzen, um zu demonstrieren, wie geringe unmittelbare Wirkungen ein Beschluß des Reichstags auslöst. Das mag sein. Aber die Bemerkung, die der Kanzler über die Rückständigkeit unserer Verfassung und unserer politischen Einrichtungen empfinden mag, ist ihm eben doch nicht mehr als ein jämmerlicher Trost für die flackende Ohrläugel, die ihm morgen appliziert werden wird und von deren Dürbheit er heute schon eine deutliche Vorahnung erhalten hat.

Von vornherein suchte die Reichsregierung — wie zu erwarten war — den Schein zu retten, als ob das Parlament des Deutschen Reiches gar nicht berufen sei, seine Meinung über die Polenpolitik zu äußern. Der Kanzler erschien nicht, hinterließ vielmehr, wie Hermann Wendel mit neiter Ironie sagte, ein Stück Papier und seinen Staatssekretär. Herr Visco hatte die Erklärung zu verlesen, in der der ebenso alle wie lächerliche Kompetenzeinwand erhoben und mit allerhand Formalien gedeckt wurde. Der Reichstag ließ sich hierdurch keineswegs stören, ebensowenig durch den programmatischen Auszug der Regierungsvertreter, und beschloß die Besprechung der Interpellation, die von Herrn Seuda im Namen der polnischen Fraktion mit scharfer Energie begründet wurde. Er kündigte schließlich den Antrag auf Erteilung des Misstrauensvotums an, nicht ohne zu bedauern, daß die Geschäftsordnung zu einer gar nicht beabsichtigten milden Form nötige.

Genosse Wendel, der früher schon über die Polenfrage viel bemerkte Studien veröffentlicht hat, sprach für unsere Fraktion. Seine Rede war ein Meisterstück sachlicher und rhetorischer Heberlegenheit, und ihrem Eindruck vermachte sich auch die entschlossensten Satiristen nicht zu entziehen. Die geschichtlichen Ausführungen, die übrigens Herrn Kaempf zu recht — ungewandten Einwendungen reizten, die rechtlichen Darlegungen waren in der Schärfe der Deduktion, in der prägnanten Charakteristik der echt preussischen Methode außerordentlich wirkungsvoll. Den konservativen Junkern wurde besonders eigenartig zumute, als Hermann Wendel ihnen den Präzedenzfall vorhielt, den sie mit diesem Versuch der Enteiagnung geschaffen haben — für die kommende größere Enteiagnung. Das Haus hörte viele Darlegungen, denen die geistreiche Eleganz des Vortrags einen besonderen Reiz verlieh, mit großer Aufmerksamkeit an.

Die Redner aus den übrigen Parteien äußerten sich so, wie man es hatte vermuten können. Der Zentrumsredner Graf Praschma überraschte freilich durch eine gewisse Schärfe, die wohl darauf hindeutet, daß das Zentrum mit seinen Verhandlungen über das Jesuitengebiet noch nicht zu Ende gekommen ist. Von den Nationalliberalen sprach Herr Schäfer, von den Konservativen Graf Carmer-Zieferwiz, von der Reichspartei Herr Merzin mit den üblichen alldutschen Redensarten zugunsten der Regierung, während der Fortschrittler Pachnide nach einigem Schwanken zwischen materieller Mißbilligung der Politik und formalen Bedenken sich für die Stimmenthaltung entschied. Einen Anhänger fand die Regierung nur noch in dem unermüdlichen Herrn Wumm, während der Pole Morawski, der Däne Hansen und der Elässer Schumann sehr entschieden gegen sie Stellung nahmen. Auf die Einwände und Ausreden der Satiristen antwortete Genosse Ledebour mit witzigen und treffenden Bemerkungen. Die Abstimmung findet heute Donnerstag statt.

Leutige Vorschaferreden.

In dem Augenblick, in dem der Abbruch der Friedensverhandlungen und der Widerstand der Türkei gegen die Kollektivnote die Einigkeit der Mächte auf eine neue schwere Probe stellt, hat die deutsche Regierung ihre Vorschaferreden in aller Welt losgelassen, um nach alter, schlechter Gewohnheit das sogenannte Evangelium der gepanzerten Faust zu verkünden. Während in Paris der Freiherr v. Schoen den „ehernen Ruf“ erschallen ließ, „einzufliegen für Deutschlands Gut und Leben“, hat der Freiherr v. Wangenheim in Konstantinopel eine fürchterliche Warnung an alle und jeden ergehen lassen, der es wagen könnte, den Finger an Anatolien zu legen. Das auffällige Zusammentreffen der Pariser und der Konstantinopeler Vorschaferreden erklärt sich aber nicht politisch, sondern kolonialistisch. Man hat am 27. Januar den Geburtstag der Majestät gefeiert, und dazu gehört nicht nur Braten und Wein, sondern natürlich auch eine Rede in dem bewußten vorgefertigten Stund und der bekannten gehobenen Stimmung. Für Kaisergeburtstagsfeier hat sich eben ein feststehender Ritus herausgebildet, und zu dem gehört, daß zu Ehren Sr. Majestät alle Feinde Deutschlands zu Burst geholt und auf dem Kraut gestreift werden.

Am 28. Januar antwortet die Regierung auf eine Frage Wassermaas wegen der angeblichen Aufstellung der asiatischen Türkei durch die Mächte der Tripelallianz, unabweisliche und vertrauenswürdigere Erklärungen der betreffenden Mächte ließen das Vorhandensein einer derartigen Vereinbarung als ausgeschlossen erscheinen. Am selben Tage meldet der Pariser Matin aus Konstantinopel, der dort beglaubigte deutsche Vorschaferrede habe bei einem Kaisergeburtstagsfesten erklärt, heute edensowenig wie in der Zukunft würde jemand die Hand an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen hätten. Wenn die Türkei ihre Zukunft in Kleinasien suche, dann werde dies ein Noli me tangere ein Mächtsmächten der deutschen Politik bilden. Also trotz der unabweislichen Erklärungen der Mächte spricht Herr von Wangenheim ebenso unabweislich von „Lebensinteressen“ des Reiches — die Bedeutung dieses Ausdrucks im diplomatischen Sprachgebrauch dürfte ihm wohl geläufig sein — und tut damit so, als ob die Aufteilung der asiatischen Türkei

vor der Tür stände, und droht mit dem Schließen, sobald dieser Fall einträte.

Auch bei der weitestgehenden Rücksicht auf die patriotische Stimmung vorgegründer Stunden muß man diese Haltung des deutschen Vorschafers in Konstantinopel ein wenig bedenklich finden, und die Bedenken werden noch vermehrt durch die Haltung der bürgerlichen deutschen Presse, die es wie immer auch hier wieder für ihre nationale Pflicht hält, die raschenden Reden der Offiziellen mit Surragegeldern zu begleiten.

Wenn die Mächte die „unabweisliche und vertrauenswürdigere“ Erklärung abgegeben haben, sie dächten nicht an die Aufteilung der Türkei, dann soll man ihnen nicht ins Gesicht schreiben, daß sie lügen und daß man ihnen nicht traut.

Dem deutschen Reichskanzler, Herrn v. Bethmann-Hollweg, ist einmal in seinem Leben ein gutes Wort gelungen. Das war damals, als er, gegen Herrn v. Hildebrandt gewendet, sagte, der Starke brauche das Schwert nicht in der Hand zu führen. Es war das die niedrigste Selbstverpöschung der deutschen auswärtigen Politik, eine wahre Generalaburteilung der seit 25 Jahren „bewährten“ Weisheit, und dieses Wort trifft den neuesten Kadav ebenfalls wie alle seine zahlreichen Vorgänger. Man braucht nicht voreilig den Schluss zu ziehen, daß der an die Wand gemalte Teufel nun wirklich kommen müßte. Viel wahrscheinlicher ist, daß die deutsche Diplomatie, die nichts gelernt und alles vergessen hat, nun wieder einmal im Begriffe steht, sich zu blamieren.

Parlamentarische Redefreiheit.

Herr Kaempf hat dem Abgeordneten Wendel einen Ordnungsruf erteilt, weil er — nota bene in Anführungszeichen — die Teilung des Königreichs Polen ein politisches Verbrechen genannt hatte. Es half dem Redner nichts, daß er sich auf den Freiherrn v. Stein als den Urheber dieses Wortes berief. „Der Freiherr v. Stein“, verkündete der Präsident voller Ernst und Würde, „hat dem Reichstag nicht angehört und ich muß gegen unparlamentarische Ausdrücke einschreiten.“

Lassen wir den Freiherrn v. Stein beiseite. Die Frage aber darf wohl einmal aufgeworfen werden, wie alt ein politisches Ereignis sein muß, damit im Deutschen Reichstag eine freie Kritik an ihm geübt werden darf. Wenn die Teilnahme der preussischen Regierung an der Teilung Polens im Jahre 1772 außerhalb der Kritik steht, so werden wir wohl bald auch erleben, daß der freisinnige Herr Kaempf die Regierungstats Albrechts des Bären (Mitte des 12. Jahrhunderts) für sakrosankt erklärt.

Schimpfende Offiziere.

Im September d. J. mußten niedersächsische Vergewaltiger als Landwehrmänner eine Übung auf dem Truppenlager Lamsdorf bei Reiche in Schlesien mitmachen. Hier wurden sie in ungläublicher Weise von einzelnen Offizieren mit Schimpfepostern belegt. „Pimmschunde“ und „Tränentier“ waren noch Rosenamen. Ein Unteroffizier der Landwehr wurde so angeordnet: „Du verfluchter Kassenkondant, in Jbid magst du ja ein ganz tüchtiger Kerl sein, hier laugst du aber nichts.“ In seinem Verbe pflegte der Hauptmann folgendes zu sagen: „Leise, sich die einmal diese Affengestichter an“, und zu den Landwehrenten gewandt, schimpfte er mit Vorliebe: „Mein Pferd wird ja schon vor euch Affengestichtern.“ Eine andere sehr geläufige Anrede an die verhetzten Männer war die: „Ihr Hurenjungs, du Hurenjunge.“

Mit diesen und noch anderen unflätigen Schimpfereien wurden die Mannschaften während der Übungszeit fast täglich bedacht. Nach Schluß der Übung wurden der in Waldenburg erscheinenden Schlesischen Vergewaltiger eine Menge Zuschriften und mündliche Darstellungen dieser Vorgänge überbracht. Nach Informationen bei etwa anderthalb Dutzend Landwehrenten konnte gar kein Zweifel bestehen, daß sich die Offiziere in der Tat in dieser unehrenhaften Weise der Beleidigung ihrer Untergebenen schuldig gemacht hatten. Die Vergewaltiger schilderte in einem längeren Artikel diese Dinge und forderte die Militärbehörde zur Untersuchung auf. Der Artikel hatte Erfolg. Das Bezirkskommando erbat von der sozialdemokratischen Redaktion die Angaben von Zeugen. Mit Zustimmung der Gewerkschaften konnte eine ganze Anzahl Namen angegeben werden, und 22 Landwehrenten und einige aktive Unteroffiziere beschworen, daß die in der sozialdemokratischen Zeitung wiedergegebenen ordentlichen Schimpfereien gegen den Hauptmann Voss vom 38. Infanterie-Regiment in Glog und den Leutnant Vokittel von einem Reiziger Infanterie-Regiment statt. Gegen den Hauptmann beantragte der Ankläger drei Monate Festungshaft; es blieb aber nur bei drei Wochen Stubenarrest. Der Leutnant erhielt zehn Tage Stubenarrest. — So niedrig die Strafen auch sind, sie waren überhaupt erst möglich durch die Kritik des sozialdemokratischen Blattes.

Angefaulter „Wissenschaft“.

Anfang 1911 erob der Münchner Professor Dr. v. Soghet schwere Angriffe gegen den Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Darmstadt, Professor Wagner; er warf ihm vor, daß er sich an den Propagandagebietern des Kaliforniens bediene und als Grenzleistung die Kali-Düngemittelversuchsergebnisse gefälscht habe. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft erhob gegen Soghet Anklage wegen Verleumdung. Professor Wagner schloß sich als Nebenkläger an. — Unter dem 7. Januar d. J. ist das Verfahren gegen Soghet eingestellt worden; in der Begründung dieses von Staatsanwalt und Gericht gefällten Beschlusses wird ausgeführt, daß hinsichtlich der Propagandagebietern der Wahrheitbeweis nicht als erbracht gelten könne. Es sei nicht anzunehmen, daß Wagner seine Fälschungsbereitschaft beweis in den Dienst der Düngeindustrie gestellt habe. — Auf der anderen Seite ist jedoch — so heißt es im Gerichtsbeschluss weiter — nicht zu verkennen, daß die Unterfütterung der Fälschungsbereitschaft durch Geld der Industrie für die freie Stellung des Forschers und sein wissenschaftliches Ansehen bedenklich sein kann. Es ist hier nicht der Ort, grundsätzlich die Frage zu entscheiden, ob ein Forscher für wissenschaftliche Zwecke Gelder von Interessenten annehmen darf. Will man aber die Frage bejahen, so muß verlangt werden, daß zum mindesten alles getan werde, um jeden falschen Schein zu vermeiden. Es sollte selbstverständlich sein, daß diese Gelder durch die Kasse der Anstalt gehen, auch wenn sie dem Vorkäufer zur freien Verfügung gewährt sind, und eine genaue Rechnungslegung sowohl den Gebern wie der vorgelegten Behörde gegenüber wäre unerlässlich. Wenn Wagner nur zum kleinsten Teil Abrechnungen gegeben hat, wenn von diesen Geldern z. B. auch ein kleiner Teil zur Ausstattung von Wohnräumen Wagners verwendet worden ist, so könnte dies allerdings Anlaß zu Angriffen bieten.

Den Beweis, daß Fälschungen der Ergebnisse der Düngemittelversuchsergebnisse vorgekommen sind, hält das Gericht wiederholt für erbracht. Die Rechtfertigungsausschüsse Wagners werden als vielfach getundene, nicht frei von Schwankungen und als höchst verächtlich bezeichnet. Wagner hat vielfach die Absicht geäußert, daß die nachgetesteten Fehler auf Rechnung von „Fremden“ und „Versehen“ einer Kommission zu legen seien. Das Gericht erklärte in mehr als einem Falle, daß es eigenhändig berichte und Verdacht erregen müsse, wenn die vorgekommenen Fälschungen immer zugunsten der Düngemittel-

ausschlagen. Hinsichtlich der Kalium- und der Kaliphosphatproben heißt es z. B. wörtlich weiter in dem Gerichtsbeschluss:

„In beiden Fällen sind auf Wagners Anweisung wissenschaftlich falsche Analysenzahlen speziert worden; an dieser Tatsache, die leider feststeht, wird durch die gegebenen Aufklärungen und Rechtfertigungsversuche nicht das mindeste geändert.“

Das Gericht kommt schließlich zu folgendem Endergebnis: „Fast man die Ergebnisse der Voruntersuchung zusammen und würdigt das Vorgehen Soghets als Ganzes, so ist zu bemerken, daß der Wahrheitbeweis nur zum Teil geführt ist, daß aber durch die festgestellten Vorkommnisse die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit Wagners einen schweren Stoß erlitten hat.“ Da Soghet der Schutz des § 193 zur Seite steht, eine Absicht der Verleumdung in keiner Weise nachweisbar sei, mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Haf gegen Preußen.

Herr Traub, dem freisinnigen Abgeordneten im Kreis Lettow-Beesfow-Storkow, sagen die Konservativen nach, er habe einmal erklärt, daß er dieses Preußen hasse. Die Liberale Korrespondenz verteidigt Herrn Traub:

Es ist ihm natürlich nie eingefallen, eine solche Behauptung aufzustellen; im Gegenteil, er hat nur gesagt, er hasse die Partei und die politischen Parteien in Preußen, die dem preussischen Volk nicht dieselbe politische Bewegungsfreiheit zuerkennen wollten, wie sie heute dem elbischen Volk auf Grund eines freieren Wahlrechts gegeben worden sei. Nicht Preußen hasse er, sondern die Gruppen in Preußen, die das preussische Volk nicht zur politischen Mündigkeit aufsteigen lassen wollen.

Dieser Haf des Herrn Traub ist anerkennenswert. Die freisinnigen aber möchten wir nur ganz leise daran erinnern, wie viele von ihnen sich aufgeregt haben, als Scheidemann am 17. Mai 1912 im Deutschen Reichstag dem Sinne nach genau dasselbe über das preussische System gesagt hatte, was jetzt die Liberalen mit Zug und Recht als eine berechtigte und einwandfreie Kritik bezeichnen.

Endlich!

Die Stadt Berlin hat auf den Antrag, ihr die Einfuhr-erlaubnis für frisches Rind- und Schweinefleisch aus Rußland über den 31. März d. J. hinaus bis zum 31. März 1914 zu verlängern, vom Landwirtschaftsminister den Bescheid erhalten, daß die Einfuhr bis zum 1. Oktober dieses Jahres zugelassen werde, daß dagegen kein ausreichender Anlaß vorliege, die Genehmigung schon jetzt bis zum 1. April nächsten Jahres auszudehnen.

Ausland.

Italien.

Meutende Soldaten in Tripolitanien.

Id. Rom, 29. Januar. Auf Grund von Privatbriefen aus Tripoli wird dem Abenteurer aus Bologna gemeldet, daß in der ersten Hälfte des laufenden Monats ein italienischer Bataillon in Goms dem Oberst Kommandanten verweigert hat: anstatt sich dem Befehl nach Misrata zu marschieren, zu fügen, haben die Soldaten energisch die Entlassung in die Heimat gefordert. Das Kommando hat die Unzufriedenheit von Grenadiere und Mitrailleurtruppen ungestört und unter dieser Eskorte nach Misrata bringen lassen. Dort sind die Soldaten in Erwartung des Prozesses in Arrest geführt worden. Das merkwürdigste an der Sache ist, daß der Major des meutenden Bataillons mit Namen Bassetti vor das Kriegsgericht gestellt werden wird weil er nicht energische Maßnahmen ergriffen hat, um die Gehorsamsverweigerung zu verhindern. Da sollte man zu allererst gegen den Kriegsminister vorgehen, der durch rechtzeitige Entlassung der Kriegsmüden und überanstrengten Soldaten diese und die früheren Meutereien verhüten konnte und mußte!

China.

Eisenbahnprojekte.

Daß das angelsächsische Kapital mehr als das einer anderen Nation von der wirtschaftlichen Eröffnung Chinas profitieren werde, war nach Lage der Dinge zu erwarten. Seit einiger Zeit wird mit britischen Finanzinstituten über den Bau von Eisenbahnen unterhandelt. Jetzt ist Sunghasen von seiner Regierung beauftragt worden, demnach in London die Unterhandlungen durch feste Verträge abzuschließen. Mit dem Eisenbahnbau werden eine Anzahl wichtiger Mineralien verbunden sein. Daß es sich hier um eine Mißhandlung der umgebenen Naturkräfte des Reiches gehandelt werden kann, muß natürlich das Eisenbahnprojekt, teilweise wenigstens, realisiert sein.

Zur Ausarbeitung der Pläne für das Bahnnetz wurde schon vor Monaten die „Corporation der chinesischen Nationalbahn“ mit dem Sitz in Schanghai geschaffen. Zu ihrem Generaldirektor wurde Sunghasen bestimmt. Wenn ihre Pläne irgend etwas demissen lassen sollten, dann jedenfalls nicht die Großzügigkeit. Es wird der Bau von 200 000 Qi (36 000 Kilometer) Bahnen innerhalb zehn Jahre beabsichtigt. Die Ausführung dieses gigantischen Unternehmens soll von Anfang bis zu Ende als reine Geschäftssache, ohne jede politische Beeinflussung oder politische Vorteile, betrachtet werden.

Nun ist bis jetzt der chinesische Geist nicht an solch große Geschäfte gewöhnt gewesen. Er hat bislang mit unendlich kleineren Zahlen und Summen gerechnet. Ganz mit Recht wird befürchtet, daß die Chinesen kein Verständnis für die Größe des Planes haben, ihm mit Ungläubigkeit oder dungen Zweifel begegnen würden. Dieser Eventualität versucht Sunghasen mit der Ausführung des amerikanischen Beispiels vorzubeugen. In den berechtigten Staaten seien zwischen 1881 und 1890 über 60 000 Meilen Bahn gebaut worden, obgleich damals dort die Hilfsmittel, Arbeiter usw. nicht in dem Maße vorhanden gewesen seien als in China.

Der Bau von 36 000 Kilometer Bahn erfordert 12 500 Mill. M. Das ist ohne Zweifel eine sehr große Summe, allein sie ist unbedeutend im Vergleich zu den ungeheuren Vorteilen, die diese Bahnen bringen, wenn sie vollendet sind.

Nach Sunghasen bietet die Ausführung der 12 500 Millionen keine unüberwindlichen Hindernisse. Die Hauptsache bei dieser Frage sei die Stellung des chinesischen Volkes. Wenn dieses die Vorteile eines ausgebauten Bahnnetzes, wodurch ein sicherer, schneller und billiger Transport gewährleistet wird, einsehe, dann würde die Realisierung des Bahnprojektes gesichert sein.

Hoffentlich kommt Sunghasen von den Vertragsverhandlungen mit der Londoner Hochfinanz mit demselben Optimismus zurück mit dem er diesen Kommentar zu dem Eisenbahnprojekt geschrieben hat.

Das Ende der englischen Wahlreform.

Von unserem Korrespondenten.

1k. London, 28. Januar.

Mit einer sorgfältig abgetakteten zeremoniellen Romödie wurde die Wahlreform, die das allgemeine Männerwahlrecht und mindestens ein beschränktes Frauenwahlrecht einführen sollte, im Unterhause abgeschachtet und begraben. In feierlichem Tone fragte der Ministerpräsident Asquith den

Sprecher, ob dieser die Annahme eines Frauenstimmrechts...

Ein niederrichtiges Mäander hat die Hoffnung von Jahren mit einem Schlage zunichte gemacht.

Das ist eine Erklärung, die wie nichts anderes geeignet ist, die Frauenrechtlerinnen zudenken zu lassen.

Das Frauenstimmrecht in England muß für die nächsten fünf Jahre als tot betrachtet werden.

Die Jurisdiktion der Vorlage bedeutet keineswegs, daß wir unsere Absicht aufgegeben haben.

Jedes politische Kind kennt diese Sprache: „Wenn die Gelegenheit sich dazu bietet.“

Parlamentarische Kommissionen.

Die Konkurrenzkommission. In der am Mittwoch weitergeführten Generaldebatte kam zunächst der Zentrumsabgeordnete Trimborn zum Wort.

Krankenkassen bei der Reichspost. Auf Wunsch der Unterbeamten wie auch des Reichstags ist in jedem Oberpostdirektionsbezirk eine Krankenkasse für die Unterbeamten errichtet worden.

1 M. für verheiratete Mitglieder. Die letzteren müssen monatlich noch 25 Pf. mehr zahlen...

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus der Umgebung. Metallarbeiter!

Die Differenzen der Schleifer bei der Firma Merkel, Fabrik photographischer Apparate in Tharandt, sind beigelegt.

Land. Lohnbewegungen.

Die Firma G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen genehmigt, weil diese sich Alfordarbeiten nicht ausführen lassen wollten.

Neues aus aller Welt.

Eine Tragödie. Berlin, 29. Januar. In Kurland hat sich in der letzten Nacht eine Tragödie abgespielt.

Große Kälte. Berlin, 30. Januar. Das Thermometer sank gestern abend auf 7 Grad unter Null.

Sieben Brandstifter verhaftet. Posen, 29. Januar. Einem großen Feuerversicherungsbeitrag zum Schaden der Posener Provinzialfeuerzettel ist man in Posen, im Kreis Wirsch, auf die Spur gekommen.

Eisenbahners Tod. Dortmund, 29. Januar. Beim Rangieren wurde der Arbeiter Johann Tuszyn überfahren und sofort getötet.

Feuersbrunst. Dulsburg, 29. Januar. Heute nacht ist die große Mühle der Firma Rosenhals u. Neumarkt abgebrannt.

Mord und Selbstmord. Koburg, 29. Januar. In Reichsbach (Kreis Hildburghausen) erschlug heute vormittag der kürzlich vom Seminar entlassene Schülerlehre seine alte aus Kobach gebürtige 18jährige Braut.

Großfeuer. Köln a. Rh., 29. Januar. In der vergangenen Nacht brannte die beim Landwirt Conzen gehörige Scheune mit großen Enten- und Fruchtvorräten vollständig ab.

Eine Riste mit 100 000 M. gestohlen. Madrid, 29. Januar. Auf dem deutschen Dampfer Kap Blanco, der gestern in Vigo eingelaufen ist, wurde eine Riste mit 100 000 M. in Gold gestohlen.

Explosion in einem Weinstock. Petersburg, 29. Januar. Aus Zscharinensburg wird gemeldet: Eine folgenschwere Explosion hat sich heute in einem tiefen Weinstock ereignet.

Dreßner Polizeibericht vom 30. Januar. Bei einer verhafteten Frauensperson wurden zwei noch gut erhaltene Herrenportemonnaies von braunem Leder vorgefunden.

Am Mittwoch nachmittag griff eine 18jährige Arbeiterin in einem gewerblichen Betriebe der Wilsdruffer Vorstadt verkehrtlich in die Messer einer Rudeischnemmaschine...

Wetterbericht von der Wetterkule an der Friedrich-August-Brücke vom 30. Januar, mittags 12 Uhr. Barometer 760. Schön Wetter.

Prognose der künftigen Landeswetterkarte für den 31. Januar. Keine Witterungsänderung.

Wetterlage: Der Kern hohen Druckes bedeckt mit mehr als 775 Millimeter Barometerstand den Westen Rußlands.

Letzte Telegramme.

Das Petroleummonopol. Berlin, 30. Januar. (Privattelegramm.) Der entscheidende Paragraph der Petroleummonopolvorlage wurde heute in der Reichstagskommission abgelehnt.

Splonage-Prozess. Peking, 30. Januar. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Staffemat des Reichsgerichts begann heute der Splonage-Prozess gegen den Kaufmann und früheren Mechaniker und Konstrukteur Wilhelm Gmahl aus Bodenheim bei Frankfurt a. M.

Abbruch der Friedensverhandlungen. Wien, 30. Januar. Man nimmt hier an, daß der in London erfolgte Abbruch der Friedensverhandlungen kein endgültiger ist.

Konstantinopel 30. Januar. Es ist unabweisbar, daß schwere Reibungen zwischen den türkischen Truppen in der Tschatalbaschalmie stattfinden.

Die Unklugheiten zwischen Serbien und Bulgarien. Sofia, 30. Januar. Wie verlautet, stoßen die Bestrebungen der maßgebenden Kreise, das Gimmerehen zwischen Serbien und Bulgarien zu erhalten, fortgesetzt auf Schwierigkeiten.

Belgrad, 30. Januar. Um eine weitere Aufklärung der öffentlichen Meinung zu verhindern, hat die Regierung den in Sofia erscheinenden Blättern Miesch und Witscherna Posta den Postvertrieb in ganz Serbien entzogen.

Totgefahren. Weiskauer, 30. Januar. Heute früh in der sechsten Stunde wurde auf dem hiesigen Bahnhof der Streckenarbeiter Jiesel von einem aus Hof kommenden Güterzuge angefahren.

Töblicher Unfallsfall. Düsseldorf, 30. Januar. Auf einem Werke in Diersfeld trieben einige junge Leute Unfug, indem sie sich gegenseitig mit brennendem Papier bewarfen.

Selbstmord eines Offiziers. Bonn, 30. Januar. Leutnant v. Görne vom Bonner Infanterie-Regiment hat sich gestern erschossen.

Ein Geislicher als Spion. Innsbruck, 30. Januar. Bei Miba wurde ein italienischer Geislicher aus Gardone verhaftet, weil er bei den dortigen Festungsarbeiten herumschälte.

Kampf eines Schwimmers mit einem Hai. Newport, 30. Januar. Der von den olympischen Spielen her bekannte Schwimmer Rahamomata wurde gestern bei einer Schwimmtour bei einem großen Hai angefallen.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

Vertical text on the left margin containing various fragments and words.

Telephonische Billett-Bestellungen

für die

SARRASANI

-Vorstellungen

werden nicht nur im Circusbureau (Nr. 17812 und 17760), sondern auch an den Vorverkaufsstellen entgegengenommen:

Warenhaus H. Herzfeld, Nr. 1797 und 2501
 Zigarrengeschäfte von L. Wolf, Postplatz, Nr. 457, Wallstrasse, Nr. 3401
 König-Johann-Str., Nr. 4269, Kreuzkirche, Nr. 4447, Seestrasse, Nr. 1002

Für Nachmittagsvorstellungen lediglich an der Circuskassa.
 Nur Plätze von 2.10 M. aufwärts werden reserviert.

4. Kreis, Bezirk Weißig

Sonntag den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Gunnersdorf

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
 „Die Menderung der Krankenkassen durch die neue Reichsversicherungsordnung.“
 Referent: Arbeitersekretär W. Buck, Dresden. — Freie Aussprache.
 Das Erscheinen der Herren Gemeindevertreter sowie sämtlicher Versicherungspflichtiger in dieser wichtigen Versammlung ist unbedingt Pflicht.
 Der Einrufer.

4. Kreis. vorräde Mickten, Uebigau-Trachau u. Kaditz

Sonnabend den 1. Februar 1913 in Watzkes Etablissement, Mickten und im Goldenen Lamm, Trachau

Faschings-Vergnügen

Grosses Amusement und Festball.
 Anfang Punkt 7 Uhr. Ende 2 Uhr nachts.
 Karten a 20 Pf. für Mitglieder und deren Angehörige sind bei den Kassaboten und den bekannten Genossen zu haben.
 Einige frohe Stunden versprechend, ladet zu zahlreichem Besuch ein Das Komitee.
 NB. Die Bücherausgabe fällt Sonnabend aus und findet Sonntag von 11 bis 12 Uhr statt.

Ortskrankenkasse Niedersedlitz und Umgegend

Bekanntmachung.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse besteht nach erfolgter Neuwahl für das Geschäftsjahr 1913 aus folgenden Herren:
 Wächter, Ernst, Geschäftsführer, Vorsitzender
 Niebel, Moriz, Kassenverwalter, stellvert. Vorsitzender
 Meier, Arno, Lagerhalter, Schriftführer
 Zolle, Wilhelm, Dreher, stellvert. Schriftführer
 Biesfeld, Paul, Arbeiter
 Ehrlich, Richard, Gobler
 Grop, Jean, Fabrikant
 Kunz, Franz, Fabrikant
 Seibig, Max, Maschinenarbeiter.
 Niedersedlitz, den 28. Januar 1913.
 Der Vorstand der Ortskrankenkasse Niedersedlitz und Umgegend.
 E. Wächter, Vorsitzender.

6. Kreis. Bezirk Nausslitz.

Sonnabend den 1. Februar 1913 im Saale des Gasthofs Wölfnitz

Sommernachts-Ball

unter Mitwirkung von zwei Musikkorps nebst Aufführung eines Ugeunerrelieus. Veranstaltung einer Lotterie u. a. m.
 Grosses Jubel- und Trubel-Fest!!!
 Einlass 7 Uhr. Eintritt 25 Pf. Beginn 8 Uhr.
 Karten sind bei den Sammlern zu entnehmen.
 Die Bezirksverwaltung.

Vereinigte Schrebergärtner d. Naturheilvereins Plauenscher Grend.

Sonnabend, 1. Februar im großen Saale des Gasthofes zum Scheibischen Wolf, Sembau

Familienabend

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
 Besondere Beteiligung nicht entgegen Der Vorstand.

Gruppe Reichenberg

Sonnabend den 1. Februar fällt die Gruppenversammlung aus und findet Sonnabend den 8. Februar statt. Die Verwaltung.

Gruppe Klotzsche.

Freitag Sitzung. Erscheinen aller ist Pflicht!

Zirkischewig!

Den Wartigenossen von Zirkischewig zur Kenntnis, daß umständlicher Gruppen-Sitzung Sonnabend den 8. Februar erst stattfindet, nicht am 1. Februar.

Turnverein Vorwärts Nieder-Gorbitz.

Sonnabend, 1. Februar, Monatsversammlung im Gasthof zu Rohthal. Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
 Der Turnrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Blasewitz u. Umg.

Die Hauptstelle in Blasewitz, Schönewitzer Straße 5, ist von Sonnabend den 15. Februar d. J. ab an den Sonnabenden und am Tage vor hohen Festtagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr geöffnet.
 Blasewitz, den 28. Januar 1913.
 Der Vorstand, Franz Strauß, Vorsitzender.

Mietbewohner-Verein für Deuben u. Umg.

Freitag den 31. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Augustbad zu Deuben.
 Tages-Ordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Verschiedenes.
 Die Mitglieder werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Reuanmeldungen werden entgegengenommen.
 Die gewählte Kommission.

Hammers Hotel

Freitag den 31. Januar 1913 im Renaissance-Prunksaal

Masken-Fest am Hofe Louis' XIV.

Preiskrönung der 2 schönsten Damenmasken.
 1 goldene Uhr — 1 goldene Brosche
 Grossart. Beleuchtungseffekte. Einzig schöne Dekoration
 Anfang 8 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.
 Vorverkauf in sämtlichen Wolfischen Zigarrengeschäften.

Sarrasani

Telephon 17812.

Freitag den 31. Januar, 7 1/2 Uhr

Gala-Abend

Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr u. 7 1/2 Uhr

Novitäten

Vorstellungen.

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
 Vorverkauf: An der Circuskassa, im Warenhaus H. Herzfeld und in sämtlichen Zigarrengeschäften von L. Wolf (Postplatz, Wallstrasse, König-Johann-Strasse, An der Kreuzkirche, Seestrasse, Prager Strasse).
 Telephonische Billettbestellungen nur für Plätze von 2 Mark aufwärts werden vom Circusbureau und den Vorverkaufsstellen entgegengenommen.

Allgemeiner Turnverein, Wilsdruff

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.
 Sonnabend den 1. Februar 1913 im Schützenhaus, Wilsdruff

Unterhaltungs-Abend

bestehend in Gesangs-, tänzerischen u. humoristischen Aufführungen. — Nachdem

Feiner Turner-Ball

Einlad 8 1/2 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende 3 Uhr. — Eintritt 40 Pf.
 Einen gemächlichen Abend versprechend, ladet Freunde und Gönner der freien Turnische freundlich ein Der Turnrat.

Vereinigte Turnvereine d. 16. Bezirks

Sonnabend den 1. Februar 1913 auf der Goldenen Höhe in Rippeln

Gr. Winter-Vergnügen

verbunden mit verschiedenen Heberausgaben.
 Die laden hierzu alle Gönner und Freunde der freien Turnische sowie sämtliche Mitglieder der Vereine freundlich ein
 Das Komitee.

M.-G.-V. Prisch auf, Leutowitz u. U.

Mitglied des Deutschen Arb.-Vereins
 Sonntag den 3. Februar 1913, nachmittags 4 Uhr

General-Versammlung

im Restaurant zum Fürst Bismarck.
 Erscheinen aller Sänger ist Pflicht Der Vorstand.

Cambrinus-Säle

Löbtauer Straße 66
 1. Oster-Feiertag Saal noch frei!
 Grosse untere Bekanntheits-Schicht für Glücke Lebens empfohlen.
 Otto Naumann u. Frau.

Jakob Kraus
 Frisch auf, Schänke
 Marktstr. 17, Tel. 1703
 hält sich zur Einfuhr best. empf.

Responsible für den redaktionellen Teil: R. z. S. a. S. Dresden-Ritzsch.
 Verantwortlich für den Anzeigen-Teil: Heinrich Eichler, Dresden.
 Druck und Verlag: Raben & Komp., Dresden.

Sächsische Angelegenheiten.

Leichenreden bei Begräbnissen.

Ein unhaltbares Urteil hat soeben der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts gefällt. Es handelt sich darum, ob sogenannte Laienreden bei Leichenbegängnissen der Genehmigung der Ortsgemeinschaft bedürfen.

Am 16. Mai 1912 fand auf dem Friedhofe zu Oberpeterswitz eine Beerdigung statt, an der, da der Verstorbene Mitglied gewesen war, ein Geistlicher nicht teilnahm. Als der Sarg verladen und der Totenbettmeister im Begriff war, den Leidtragenden die Streubüchsen darzureichen, trat der Arbeiterleiter Henke vor und hielt als Bevollmächtigter des Dresdner Gewerkschaftsverbandes eine Ansprache, die etwa 5 bis 10 Minuten gewährt haben soll. Unter Genossen trübete die wüsten Reden über den Verlust des Verstorbenen, hob dessen Verdienste um gewisse Vereine hervor und schloß mit dem Gebührenden, daß die Leidtragenden im Sinne des Verordnen weiter wirken und kämpfen werden. Weil M. zu seiner Ansprache nicht die Genehmigung der Ortsgemeinschaft eingeholt hatte, wurde er auf Grund der sächsischen Ministerialverordnung vom 15. November 1897 und des Reichsvereinsgesetzes in erster und zweiter Instanz verurteilt (60 M. Geldstrafe). Der Angeklagte hat in Abrede gestellt, sich strafbar gemacht zu haben; er behauptet, die Bestimmungen der Ministerialverordnung, die das Halten von Laienreden bei Leichenbegängnissen verbietet, sobald sie nicht von Ortsgemeinschaften genehmigt worden sind, sei durch das Reichsvereinsgesetz außer Kraft gesetzt worden, weshalb auch kein Verstoß gegen letzteres vorliege. Es habe sich auch nicht um ein ungewöhnliches Begräbnis gehandelt, sondern um ein solches gewöhnlicher Art, weshalb es auch keiner Genehmigung bedürftig hätte. Das Verwaltungsgericht hatte sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die Ministerialverordnung nach wie vor zu Recht bestehe neben dem Reichsvereinsgesetz, also auch das Verbot von Laienreden auf Gottesadern, so daß eine Genehmigung notwendig gewesen sei. Durch die Rede des Angeklagten sei das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen gemacht worden. Die Kirche beziehungsweise die Ortsgemeinschaft von Oberpeterswitz habe nicht ausschließliche Rechte, zu bestimmen, was sie auf dem Gottesacker, der in ihrem Eigentum stehe, dulden wolle und was nicht. Was auf dem Friedhofe gebührend sei, richte sich aber nach den aufgestellten Bestimmungen und nach dem, was im Orte üblich ist. In Oberpeterswitz würden aber nur selten und nur ausnahmsweise neben den Ansprachen des Geistlichen noch einige kurze Worte von dritter Seite, ohne Ansehen der politischen Richtung des Redners, aber nicht ohne Genehmigung der Ortsgemeinschaft gehalten. Nicht üblich sei, ohne Genehmigung der Kirche eine Ansprache zu halten und ohne daß zuvor der Ortsgemeinschaft gesprochen habe. Der Angeklagte behauptete zwar, auch im guten Glauben gehandelt zu haben, obwohl er schon einmal wegen einer ähnlichen Sache bestraft worden sei, weil er damals aus formellen Gründen nicht die Entscheidung des obersten Gerichtshofes habe herbeiführen können. Dies könne aber nicht zugegeben werden, denn selbst wenn er sich in einem tatsächlichen Irrtum über die Bestimmungen der Ministerialverordnung und des Reichsvereinsgesetzes befunden haben sollte, habe er doch insofern schuldig gehandelt, als er, ohne sich um die kirchliche Genehmigungspflicht beim Holten von Laienreden an zuständiger Stelle zu informieren, am offenen Grabe gesprochen habe.

Die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten machte geltend, die Ministerialverordnung vom Jahre 1897 sei durch das Reichsvereinsgesetz aufgehoben und daher nicht mehr gültig. Auch sei der Begriff des außergewöhnlichen Leichenbegängnisses verkannt. Die Rede des Angeklagten sei nicht ungewöhnlich gewesen und habe auch keinen demagogischen Charakter gehabt. Das Sprechen von Laien am Grabe sei auch in Oberpeterswitz üblich geworden, so daß hierin nichts Außergewöhnliches zu erblicken sei. Die Ministerialverordnung sei ein Ausfluß des alten sächsischen Vereinsgesetzes gewesen, das durch das neue Reichsvereinsgesetz beseitigt worden sei. Letzteres habe die Materie der Leichenbegängnisse erschöpfend geregelt, infolgedessen hätten neben ihm landesgerichtliche Bestimmungen der fraglichen Art keinen Platz mehr. Es wurde in dieser Hinsicht auf verschiedene Urteile des preussischen Kammergerichts Bezug genommen. Auch die Frage, ob durch Laienreden das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen werde, sei zu verneinen. In der Umgebung von Dresden sei es üblich, mit und ohne Genehmigung der Ortsgemeinschaft zu sprechen. Er selbst habe schon wiederholt unbeanstandet am Grabe gesprochen. Damit sei bewiesen, daß das Sprechen von Laien am Grabe auch ohne kirchliche Genehmigung nicht ungewöhnlich ist. Hierzu komme aber, daß das Reichsvereinsgesetz nirgends davon spreche, daß die Genehmigung der Ortsgemeinschaft zu erlangen habe. Dem geistlichen Kirchenregiment werde von dem Reichsgesetz in dieser Beziehung keinerlei Recht eingeräumt. Als das Reichsvereinsgesetz geschaffen wurde, sei im Reichstage ausdrücklich hervorgehoben worden, daß es ein liberales Gesetz werden sollte, daß damit die Erwidrerungen in den verschiedenen örtlichen Bestimmungen beseitigt werden sollen. Wo bleibe aber die Liberalität, die gesunde Anwendung des Gesetzes, wenn die Vorinstanz, um die Verurteilung des Angeklagten zu rechtfertigen, auf § 24 des Reichsvereinsgesetzes (unberührt bleiben die Vorschriften des Landesrechts bei kirchlichen und religiösen Veranstaltungen) Bezug nehme. Es habe sich weder um ein religiöses noch um ein antireligiöses Begräbnis gehandelt. Der Angeklagte habe in seiner Ansprache jede Anspielung auf religiöse und antireligiöse Gefühle und auf politische und gewerkschaftliche Fragen unterlassen. Es wurde Freisprechung beantragt.

Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel verworfen. In den Entscheidungsgründen heißt es: Im wesentlichen sei der Senat den Gründen der Vorinstanz beizustimmen, indem er auf das Urteil des Oberlandesgerichts vom 25. Juni 1911 Bezug nehme. Dabei sei er stehen geblieben. Die Rechtsgültigkeit der Ministerialverordnung vom Jahre 1897 habe nicht die Grundlage der Strafbarkeit des Angeklagten gebildet, sondern lediglich das Reichsvereinsgesetz. Die Ministerialverordnung diene nur zur Auslegung des vereinsrechtlichen Begriffes des ungewöhnlichen Leichenbegängnisses. Dieses sei wieder eine rein tatsächliche Bestimmung und richte sich lediglich nach den Ortsgebräuchen.

Wenn nun festgestellt sei, daß es für Oberpeterswitz nicht ortstypisch ist, Laienreden bei Begräbnissen zu halten, noch dazu ohne Genehmigung der Ortsgemeinschaft, so sei das eine tatsächliche Feststellung, an die der Senat gebunden ist. Also sei es richtig, daß durch die Rede des Angeklagten das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen gemacht worden ist. Der Angeklagte komme auch als Veranstalter in Betracht, da er diejenigen Maßnahmen getroffen habe, durch die das Leichenbegängnis zu einem ungewöhnlichen wurde. Ob in anderen Orten und in anderen Fällen Laienreden unbeanstandet gehalten worden sind, sei einflußlos, da die Frage, was üblich ist, lediglich zu beurteilen sei nach den Gebräuchen des einzelnen Ortes.

Durch diese Entscheidung ist der schändliche Geist des verflochtenen sächsischen Vereinsgesetzes gegen die Gedächtnisreden am Grabe wieder wachgerufen worden. Sie werden auch in Zukunft von der Genehmigung durch den Ortsgemeinschaften abhängig und dadurch sicher in diesen Fällen unmöglich gemacht. Die ganze Geschichte erinnert stark an die Rabelschickpolitik, mit der man früher eifriger noch als jetzt gegen die Arbeiterbewegung operierte. So wenig man aber unter Vorwärtskommen dadurch ausgehalten hat, so wenig wird man durch die Anwendung der überlebten Ministerialverordnung vom Jahre 1897 der Kirchenaustrittsbewegung den Boden abnehmen können.

Die revolutionären Nationalliberalen.

Der Petroleur von Rannheim, wie Herr Baffermann gelegentlich von konserverativer Seite genannt worden ist, hat in seinen umhüllendsten Behauptungen einen Kameraden in der Gestalt des sächsischen nationalliberalen Abgeordneten Ritzsche erhalten. Der hat neulich in einer Versammlung die Reform der sächsischen Kammer gefordert, und als ein Sozialdemokrat dazwischen rief, daß sie ausbleibe, die Alternative gestellt: Dann müssen wir überhaupt einpöden oder wir müssen Revolution machen. Diese patriotische Drohung ist von der konserverativen Presse mit der gebührenden Entrüstung „festgenagelt“ worden. Die Nationalliberalen haben zwar schweigend erklärt, Herr Ritzsche habe das mit der Revolution nur ironisch gemeint, aber die Germania rangelte die Eiten und meinte, eine derartige Ironie schiene einem Sozialdemokraten gegenüber wenig angebracht. Dem Ritzsche werden alle Ausreden nicht helfen, er ist in den Verdacht umhüllender Besinnung geraten, und die Konserverativen, die die Wohnung Aupers, des Gründers des Bundes der Landwirte, unter die Sozialdemokraten zu geben, ebenso dazwischen haben die Drohung des sächsischen Vaterlandes mit dem Krachen der Throne, werden schon dafür sorgen, daß der Petroleurgeruch der Nationalliberalen nirgends heimlich bleibt.

Schneeschuhe für Postbeamte in Sachsen.

Dem Beispiel der Postbehörde folgend, hat die Reichspostverwaltung den Landbedienstetzten in Gebirgsregionen Schneeschuhe überlassen, damit sie ihre dienstlichen Verpflichtungen im Winter leichter erfüllen können. Die ersten Versuche finden im Vogtlande statt.

Freiberg, 29. Januar. In der gestern begonnenen ersten diesjährigen Schmutzgerichtsperiode wurden der frohliche Arbeiter Stefan Ohmwig wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu 2 Jahren und sein Bruder Daniel wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Stefan O hatte am 18. Oktober beim Talperrenbau in Klingenberg seinen Landsmann Dongowitz, mit dem er in Freundschaft lebte, nach einem Trinkgelage mit einem Messer in den Kopf gestoßen, so daß die Spitze des Messers stecken blieb. Der Verletzte starb nach einigen Tagen im Krankenhaus.

Jwidau. Das sächsische Volksblatt berichtet: In der auswärtigen Presse ist zu lesen, daß der Stadtrat zu Jwidau der Gründung einer Schweinezucht- und Mähererei für den Kreisbezirk Jwidau nähergetreten sei. Das klingt gerade so, als wenn bei uns die Sache schon in dem Topf wäre, wo sie kocht. Aber so weit sind wir hier doch wohl noch nicht; wenigstens ist in der Öffentlichkeit davon noch nichts bekannt geworden.

Goswig. Eine Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete wurde hier begründet und zwar als G. m. b. H. Der Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich darauf gerichtet, minderbemittelten Eisenbahnbediensteten, Arbeitern und Pensionären gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu beschaffen.

Der fliegere Wienczlers vor den Leipziger Geschworenen.

Anfang Juli v. J. war die 20 Jahre alte Tochter Erna des Leipziger de-... Wienczler, Kommerzienrat Me... in Leipzig verschwunden. Sie war mit dem bei den Deutschen Flugzeugwerken in Leipzig angestellten gewesenen 22 Jahre alten fliegere und in einem neuen Wiener... nach London gegangen und hatte sich dort mit ihm verheiratet. Die Eltern des Mädchens suchten die Mithilfe der Ehe an. Sie fuhren nach dem Verschwinden ihrer Tochter nach Berlin zur letzten Logis... Wienczler und teilten dieser mit, man würde W. schon bald kriegen, denn es sei ein Sterbefall wegen Wienczlers gegen ihn erlassen worden. Dies war richtig. Deshalb stellte sich W. selbst der Verlobte, er ist seit dem 6. Juli v. J. in Haft. Es wird ihm vorgeworfen, daß er zwei Automobile, Wertgegenstände und andere Gegenstände zum Schein an die 22 Jahre alte Witwa Josephine verw. H... abgetrieben habe, unter der Angabe, er habe an diese eine Schuld von 20000 M. zu zahlen, die sich zusammengehangen aus jahrelangen Stundungen für Pension, die er bei der Gensd., mit der er sehr vertraut gelebt hat, genossen hat, sowie aus Darlehen, die die Gensd. ihm zur Ausübung seines Sports zur Verfügung gestellt habe. Hierdurch wird ihm das Verbrechen des betrügerischen Bankrotts zur Last gelegt, da dadurch seine Gläubiger, die Flugtechnische Gesellschaft „Pilot“ in Johannisthal und Kaufmann Albert Hirsch in Frankfurt a. M., geschädigt sein sollen. Die „Pilot“ hatte nämlich Wienczlers wegen Kontraktbruchs verklagt und Konventionalstrafen von 10 000 und zweimal 40 000 Mark gefordert. Diese Prozesse sind durch Vergleich erledigt worden. Kaufmann Hirsch fordert von Wienczlers lediglich 600 M. Gerichtskosten, die ihm durch einen von Wienczlers angestellten, aber vertriebenen Prozeß erwachsen sind. Wienczlers beschuldigt Kommerzienrat Meber, daß dieser aus Mache den Direktor der deutschen Flugzeugwerke, den früheren Reichsminister Schmal vom Zollangelegenheiten, veranlaßt habe, gegen ihn Anzeige zu erstatten. Er behauptet, dem Genannten nichts schuldig zu sein und er habe lediglich auf die Drohung der Klagen hin die Schuld an die Gensd. anerkannt, weil er die moralische Pflicht fühlte, diese endlich zurückzuerhalten. Er bestreitet auch, einen solchen Offenbarungseid geleistet zu haben. Die beiden Autos und die anderen Gegenstände seien tatsächlich Eigentum der Frau Gensd. gewesen. Eine Summe von 700 M., die er im Besitz hatte, sei ihm ebenfalls von Frau Gensd. zur Anschaffung einer Karosserie gegeben worden. Im nicht in falkischen Verdacht zu geraten, habe er diese Summe vor der Ableistung des Offenbarungseides an die Gensd. zurückgestellt. — Die Gensd., die der Weisliche angeklagt ist, erklärt sich ebenfalls für nicht schuldig, da sie einfach auf Befehl der Schulden redete. Wienczlers setzte aus einander, wie er in Budapest bemalte sein Weib eingeholt habe, als er für die Flugzeugfabrik Albatros Kog., indem dem Apparat in der Luft die Flügel brachen, weil sie sich... Lon-

krücker waren. Nicht einmal versichert habe ihn die Gesellschaft. Deshalb habe er den Dienst eingestrichelt. Hierauf sind dann die Kontraktbrüche erfolgt. Die Ehefrau des Angeklagten hält nach wie vor zu ihrem Mann, sie weigert sich auszuliegen und hat auch angegeben, daß sie drei Rastler von ihrem Mann an die Witangeklagte Gemel vermittelt hat. — Für die Verhandlung sind mehrere Tage in Aussicht genommen.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Nach einer Hausdurchsuchung wurde in Schönheide l. G. der 30 Jahre alte verheiratete Wirtensfabrikarbeiter Ernst Rogner wegen Falschmünzerei verhaftet und ins Amtsgerichtgefängnis zu Kribitz eingeliefert. Rogner hatte Zweimarkstücke angefertigt und sie durch seine Frau in Verkehr bringen lassen. — Zu dem schweren Unglücksfall im König-Albert-Werk in Lichterfanne, wobei, wie gemeldet, durch Umkippen einer Gießpfanne acht Arbeiter Verbrennungen erlitten, ist noch mitzuteilen, daß die verletzten Arbeiter Krüdel und Reußhahn vorgestern abend bezw. gestern früh nach analogen Schmerzen gestorben sind. Die anderen Verletzten hoffen man am Leben erhalten zu können. — Auf dem Steinlohnwert Vereinsplatz in Oelsnitz l. G. wurde der 28 Jahre alte Bergarbeiter Heide aus Oberwürschitz von herabstürzenden Kohlen erschüttert und getötet. — Beim Spielen ertrank ein im Schwemmelteich zu Riebersau der 6 Jahre alte Sohn des Fabrikarbeiters Krohne. Die Leiche des Knaben wurde vom Vater am folgenden Tage aus dem Wasser gezogen. — Ein schweres Unglück hat sich in dem sächsischen Kautschukwerk in Remmlich bei Olschitz ereignet. Als der Führer der elektrischen Stollenbahn Seibel aus Niedertrauschwitz Wagen anpumpen wollte, setzte sich die Maschine in Bewegung. Seibel wurde bei dem Versuche, die Maschine anzuhalten, gegen die Wand gedrückt und an Brust und Rücken so schwer verletzt, daß er nach dem Bezirkskrankenhaus gebracht werden mußte.

Stadt-Chronik.

Um das Bezirkskrankenhaus.

Die Errichtung eines Bezirkskrankenhauses für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, eine Angelegenheit, die bekanntlich schon viel Staub aufgewirbelt hat, beschäftigt am Mittwoch in fundamen- talarungen erneut den Bezirksrat. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatte die Bezirksversammlung im September 1912, allerdings gegen eine starke Opposition, beschlossen, das in Lohchwitz gelegene Grundstück der Deutschen Heilstätte für die Zwecke der Errichtung eines Bezirkskrankenhauses zum Preise von 300 000 M. zu erwerben. Aber schon damals vollzogene auf dasselbe Grundstück die Stadtgemeinde Dresden, die das Kaufangebot des Bezirks um 50 000 M. überlegte. In diesem eigenartigen Wettbewerbs ist denn auch die Stadt Dresden als der mächtigere der beiden Konkurrenten Sieger geblieben. Die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksauschusse hat beschlossen, von dem Erwerb dieses Grundstücks definitiv abzusehen, zumal der Eintritt in die Stillschaltung mit einigen lästigen Bedingungen verknüpft war.

Die Amtshauptmannschaft ist dann auf die Suche nach einem neuen geeigneten Grundstück gegangen und schlägt nun von 18 ihr zum Ankauf angebotenen Grundstücken ein an der Königstrasse der Staatsstraße unweit der Haltestelle Albershöhe der Straßenbahnlinie Arienal-Klotzsche gelegenes, circa 4 Hektar großes forstwirtschaftliches Terrain zum Ankauf vor. Der Fiskus will das Grundstück zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter abgeben. Die Gesamtkosten des Bauplatzes sind auf 200 000 M. berechnet und die Baukosten auf rund 900 000 M. hinzu kommen und noch die Kosten für die Verschleierung des Grundstücks und für die Zuführung von Wasser, Gas und Elektrizität, die sich noch nicht berechnen lassen, aber jedenfalls auch beträchtlich sind. Wegen der Verschleierung ist beabsichtigt, die Vorarbeiten der Gemeinden Klotzsche und Königitz zu benutzen. Insofern hat auch dieses Projekt von Anfang an mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die Gemeinden Klotzsche und Königitz haben nämlich bereits den Antrag gestellt, sie von den Kosten, die dem Bezirk durch ein neues Krankenhaus entstehen müssen, zu befreien; sie wollen auf die Mitbenutzung des Bezirkskrankenhauses verzichten. (1) Ihr Antrag ist zwar von der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksauschusse abgelehnt worden, die Gemeinden haben indessen hiergegen bereits Rekurs bei der Kreisbahnmannschaft eingelegt und sind entschlossen, wenn sie auch hier keinen Erfolg haben sollten, bis an die höchste Instanz zu gehen. Neuerdings will auch die Gemeinde Klotzsche nicht mitmachen, sie hat einen gleichen Befreiungsantrag wie Klotzsche und Königitz gestellt, über den indessen noch nicht entschieden ist. Es würden also gerade die drei wohlhabendsten und leistungsfähigsten Gemeinden des Bezirks auscheiden, wenn deren Rechtsmittel von Erfolg sein sollten. (2) Das bedeutet aber eine ernsthafte Gefährdung des ganzen Projekts.

In der gestrigen Bezirksversammlung, der auch der Kreisbahnmannschaft beizuhören, gab zunächst der Amtshauptmann Dr. v. Hübel in großen Umrissen einen Überblick von dem gegenwärtigen Stand der Dinge und empfahl dann folgende Vorschläge des Bezirksauschusses: 1. Ablehnung des Ankaufs des Grundstücks der Deutschen Heilstätte in Lohchwitz; 2. Erwerb des Waldgrundstücks an der Königsbrüder Staatsstraße; 3. Ermächtigung des Bezirksauschusses, den Kauf abzuschließen, wenn alle Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Radeberg verpflichtet sind, zu den Kosten des Bezirkskrankenhauses beizutragen; 4. das Verlangen der Gemeinde Klotzsche auf Befreiung von dem Kostenbeitrage abzulehnen; 5. Aufnahme eines Darlehens bei der Landesversicherungsanstalt.

Die circa vierstündige, zum Teil sehr lebhaft abgehaltene Debatte eröffnete der Gemeindevorstand Fischer-Klotzsche, der schon auf der letzten Bezirksversammlung die Opposition geführt hatte. Er berichtete über eine Vorbesprechung, die tags zuvor stattgefunden hatte. Die Absicht der Amtshauptmannschaft sei nur anerkennen; und ferner habe man bei der eigentlichen geographischen Lage des Bezirks den jetzt in Aussicht genommenen Bauplatz auch als geeignet für ein Krankenhaus angesehen. Das Grundstück erweise aber sehr teuer, zumal für den Waldbestand noch 6000—7000 M. extra bezahlt werden sollen. Im Frühjahr 1912 habe der Fiskus an die Stadt, nördlich von Lohchau an der Peripherie der Stadt gelegen, eine größere Waldfläche zum Preise von nur 4,20 M. pro Quadratmeter verkauft. Hinzu komme, daß die Verschleierung des Grundstücks große Schwierigkeiten bereiten werde, die Verschleierung von Heller sei durchaus nicht einwandfrei und schließlich sei der Bezirk doch wieder auf Dresden angewiesen. Das Grundstück werde auch, weil an der Landstraße gelegen, unter der Staub- und Geräuschbelästigung leiden. Immerhin könne das Grundstück im allgemeinen noch als geeignet gelten, indessen sollte man nochmals Verhandlungen wegen einer Minderung des Kaufpreises einleiten und sich nicht

ette 4
n
en
rou-
viert.
ni
d
2
Preis.
nhaus
lichen
Kong-
raas).
Mark
kauf-
Druff
nd
ischen
all
it 80 Pf.
nde und
nrat.
rks
en
rien
B ein
-
es
Stygn
ng
Frankb.
rns
hänfe
al. 1703
l. empf.
ar eign-
abelst
len ge-
chtung-
rte. 18.

binden, solange nicht die Beschleunigungsfrage und die Fragen der Zulassung von Gas und Elektrizität usw. endgültig geregelt seien. Er beantragte, die Entschließung über den Grundstückskauf auszusprechen. Weiter stellte er den Antrag, den jetzt nur aus Sachverständigen und Mitgliedern des Bezirksausschusses bestehenden Krankenhausauschusses durch Zuwahl von etwa sechs Mitgliedern der Bezirksversammlung zu erweitern. Weiter bemängelte Redner, daß die Verhältnisse wegen der Höhe und der Tilgung des aufzunehmenden Darlehens noch völlig ungeklärt sind.

Redner beantragte schließlich, den Krankenhausauschuss zu beauftragen, vorbeugungsweise die Verhandlungen mit den bisher benutzten Vereinshäusern und, soweit nötig, mit der Stadt Dresden wegen vertragsmäßiger Sicherung der Krankenhausversorgung aller Bezirksangehörigen wieder aufzunehmen bzw. einzuleiten, ferner zu prüfen, ob nicht auch andere angebotene Plätze sich für die Errichtung eines Bezirkskrankenhauses eignen. Weil bei einer öffentlichen Abstimmung sich doch mancher vom Amtshauptmann beeinflussen lassen könnte, beantragte Redner noch geheime Abstimmung über alle Punkte.

Der Amtshauptmann ging zunächst auf eine Äußerung des Oberbürgermeisters ein, die ihm nicht recht verständlich gewesen sei, verteidigte den angenommenen Bauplan und hielt eine Ermäßigung des Kaufpreises nach dem, was bisher gewesen, für ausgeschlossen. Am Gegenteil könnte, wenn man lange warte, der Kaufpreis sich noch erhöhen, da die Grundstückspreise in dieser Gegend wegen der Fortführung der Straßenbahn noch weiter steigen. Die Beschleunigungsfrage dürfte sich bald regeln, da die Verhandlungen von Klotzsche und Jähnig mit Dresden wegen Einleitung ihrer Schienenwässer in das südliche Schienenney nahe dem Abschluß seien. Die Anträge hielten auf eine Verschleppung der Sache hinaus. Ueber die Verlängerung der Verträge mit den Privatkrankenhäusern habe man das letztmalig lange genug verhandelt; es sei erwogen worden, ob man sich auf eigene Hände stellen oder mit Dresden zusammengehen wolle. Der letztere Weg sei nicht gangbar, weil dies für den Bezirk zu teuer sei. (Vehementer Widerspruch.)

Gemeindevorstand Trüben-Arnsdorf ist ein Freund derer, die bald ein eigenes Krankenhaus bauen wollen, weil jetzt noch die wohlhabenden Gemeinden beitragen müßten. Der Stadt Dresden sei nicht zu glauben, daß sie noch Geld draußlegen will, wenn sie Kranke aus dem Bezirke aufnehmen. Sene die Stadt Dresden die Einberufungen vor, solle sie auch eine Kuch zu machen bekommen. Ein Landrecht sei es, daß der Kreis dem Bezirk 80 Pf. für das Quadratmeter mehr abnehmen wolle als der Stadt. Rechtsanwalt Gahschadebel ist nicht für eine Aufhebung der Entschließung über den Grundstückskauf, sondern für eine bedingungsweise Annahme des Vorschlags des Bezirksausschusses. Er hielt noch einen genauen Kostenanschlag und Aufklärung der Fragen über die Beschleunigung, die Gaszuführung, Mietverträge u. dergl. m. für nötig. Dann sollte nochmals die Bezirksversammlung gehört werden. Redner stellte einen entsprechenden Antrag. Gemeindevorstand Dietrich-Neubau verwarf sich gegen den Vorwurf der Verschleppung. Die Teilnehmer der Vorgesprechung wollten auch den Krankenhausbau fördern, die Sache sei aber nicht geklärt. Im gleichen Sinne äußerte sich Kommerzienrat Grumbel-Lohmwig. Der Amtshauptmann blieb dabei, daß die Opposition die Sache nur hinausschieben oder ganz vereiteln wolle.

Nach weiterer Debatte wurde mit erheblicher Mehrheit beschlossen, geheim abzustimmen. Mit 38 gegen 1 Stimme wurde sodann beschlossen, von dem Erwerb des Grundstücks der Deutschen Heilstätte abzusehen. Mit 24 gegen 14 Stimmen wurde der Antrag des Grundstückskauf an der Königsbrücker Staatsstraße abgelehnt; die Opposition hatte also gesiegt. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch die Erweiterung des Krankenhausauschusses abgelehnt. Auch die übrigen Anträge der Opposition gingen, zum Teil mit großer Mehrheit, durch. Abgelehnt wurde nur mit 19 gegen 18 Stimmen der Antrag Jähnig insoweit, als er die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Privatkrankenhäusern anspricht.

„Wie es gemacht wird“

zeigt Herr Amtsgerichtspräsident Dr. Weder abermals in einer längeren Notiz der Dresdner Nachrichten. Wir hatten in der den Feiern besamten Polemik gegen den „Wie es gemacht wird“-Kann u. a. auch darauf hingewiesen, daß vor Jahren ein Berliner Gericht einen Redakteur des Vorwärts freisprach, der in seinem Blatte gesagt hatte, eine Anzahl Urteile des sächsischen Oberlandesgerichts erklärte sozialdemokratische Staatsbürger für mindernden Rechts. Die Freisprüche erfolgten, weil jenes Berliner Landgericht den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung als erbracht anah.

Diese Feststellung war natürlich Herrn Dr. Weder höchst unangenehm. Und so vergarb er sich abermals in die Akten bis ins Jahr 1899 zurück, um uns von neuem den Beweis liefern zu können, „wie es gemacht wird“ — von dem Herrn Amtsgerichtspräsidenten. Rämlich folgendermaßen: er muß zugeben, daß das Berliner Gericht freisprach, weil „eine Anzahl verlesener Entscheidungen des sächsischen Oberlandesgerichts in der Tat bezeugen, daß die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei bei Gefahr strafrechtlicher Ahndung eine Reihe Handlungen nicht begehen dürfen, die den Angehörigen anderer Parteien erlaubt seien“. Herr Dr. Weder bestätigt also unsere Behauptung und wir danken ihm dafür, daß er das in dieser für uns so beweiskräftigen Art getan hat! — Dann kommt freilich das, worauf er Wert legt, wobei wir ihm aber nicht folgen können. Er weist darauf hin, daß jenes unbedeutsame Berliner Urteil nicht rechtskräftig wurde, weil der freigesprochene Redakteur starb, ehe die vom Staatsanwalt eingelegte Revision verhandelt werden konnte. Wir haben von einem „rechtskräftigen“ Urteil überhaupt nicht gesprochen, weil darauf gar nichts ankam! Das Berliner Urteil wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß es nicht rechtskräftig wurde. Und wenn es zehnmal von einem höheren Gerichtshof kassiert worden wäre — als ein wichtiges Dokument für die Klaffenjustiz bedäht es seinen vollen Wert für alle Zeit! Auch daß andere Gerichte in der gleichen Sache anders geurteilt haben, ändert daran nichts. — Nun bitte weiter im Text, Herr Dr. Weder!

Die Dresdner Handelskammer beschäftigte sich in einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung mit einigen Angelegenheiten von allgemeinem Interesse. So

mit der in Aussicht genommenen Einrichtung staatlicher Automobillinien in Sachsen. Die Kreisbahndirektion wünschte ein Gutachten darüber. Es wurde beschlossen: Die Kammer beauftragt grundsätzlich die Errichtung öffentlicher Kraftwagenlinien und hält es im Interesse einer einheitlichen Verkehrsregelung für zweckmäßig, daß die Kraftwagenlinien vom Staate errichtet und betrieben werden. Die Errichtung von Privatlinien darf indes nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden; soweit der Staat bestehende Privatlinien übernimmt, sind die Vorbehalte angemessen zu entschärfen. Durch die Errichtung von Kraftwagenlinien soll der Herstellung von Eisenbahnlinien, wenn sich solche etwa später als wirtschaftswert erweisen sollten, nicht vorgegriffen werden. Die Fahrpreise sollen den Satz von 5 Pf. pro Kilometer im Personenverkehr in der Regel nicht überschreiten. Höhere Sätze dürfen nur für Sommerlinien und Elfahrten erhoben werden. Im Güterverkehr sind die Frachtsätze tunlichst den Eisenbahntarifen anzupassen. Eine baldige Inbetriebnahme der vom Staate schon in Aussicht genommenen Kraftwagenlinien Pirna—Schöna—Liebstadt und Radeberg—Wilschdorf ist erwünscht. Weiter wird die Errichtung der folgenden Linien empfohlen: Dresden—Bosendorf—Dippoldiswalde—Ripsdorf—Tepitz, Dresden—Karlshof, Freiberg—Weißbörn—Frauenstein, Freiberg—Großhartmannsdorf—Tibornau, Sebnitz—Hinterjarsdorf, Sebnitz—Neustadt—Steinigwoldsdorf und weiter bis in die Oberlausitz, Reusdorf—Wilschdorf, Wurzen—Eilenburg. Auf Straßen mit regem Kraftwagenverkehr soll der Straßenverkehr schärfer als bisher beaufsichtigt und die Staubplage durch Anwendung geeigneter staubbindender Mittel nach Möglichkeit beseitigt oder gemildert werden. Solange letzteres nicht erreicht ist, solle man den Verkehr schwerer Automobile durch landwirtschaftlich bevorzugte Gegenden möglichst vermeiden.

Zum Petroleum-Monopol wurde in geheimer Sitzung Stellung genommen und beschlossen: Die Kammer spricht sich im Interesse des Kleinhandels grundsätzlich für den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Petroleum aus. Die Kammer befürwortet jedoch, daß dem Kleinhandel bei dem Vertriebe von Petroleum ein angemessener Verbleib gesichert wird; daß Petroleum von der Vertriebsgesellschaft an Selbstverbraucher nicht in Mengen unter 300 Liter verkauft wird; daß der Landwagenertrieb ausrecht erhalten wird und die den Kleinhandlern von den Großhandelsfirmen teilweise überlassenen Behälter, Läden- und Kellerräume usw. von der Vertriebsgesellschaft übernommen werden; daß den Kleinhandlern eine ausreichende Vertretung in der Verwaltung der Vertriebsgesellschaft gewährt wird; daß die Kammerhändler sowie deren Angestellte, die selbständigen Petroleumagenten und -vertreter sowie die Großhändler, die sich lediglich mit dem Vertriebe des Petroleum in Häusern befassen, in angemessener Weise entschädigt werden; daß die Namensaktien vom Kreis zu übernehmen sind; daß die Ueberführung aus dem Vertriebsfonds zur Verbilligung der Verkaufspreise des Petroleum bedirndet werden.

Der Studentenkonsult

an der hiesigen Technischen Hochschule, über den wir vor einigen Tagen berichteten, wird von der hiesigen bürgerlichen Presse fast geschwiegen. Einige Blätter bringen jetzt folgende Notiz:

Ueber einen Studentenkonsult an der Technischen Hochschule zu Dresden bringen mehrere Blätter Meldungen, die durch ihre tendenziöse Färbung geeignet sind, die Dresdner Studentenschaft in ein vollkommen falsches Licht zu stellen. Wie der Rektor der Technischen Hochschule mitteilt, sind diese Berichte jedoch teils unrichtig, teils unvollständig. Es handelte sich lediglich um einen Konflikt zwischen den korporierten und den nichtkorporierten Studenten wie er an den Hochschulen des Westens vorkommen pflegt. Derartige Konflikte würden auch in der Regel bald wieder beigelegt, ohne ernste Folgen nach sich zu ziehen. Der Senat der Hochschule habe sich bei jekt mit der ganzen Angelegenheit überhaupt noch nicht befaßt. Er wolle jedoch infolge der erwähnten Zeitungsnachrichten gestern abend zusammenzutreten, um zu der ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Diese Beschwichtigungsnotiz beruht natürlich auf Auskünften an der bekannten „maßgebenden Stelle“. Sie geht mit keinem Worte auf die behaupteten Tatsachen ein. Die „Dresdner Studentischen Blätter“, die uns in zwei Nummern zugestellt wurden, enthalten übrigens auch interessantes Material zur Sache.

Kleine Autobroschfen

sollen Anfang März in Betrieb gesetzt werden. Zunächst 30 Wagen, im Herbst sollen weitere 20 folgen. Sie sind zweifach eingerichtet. Der Fahrpreis ist verhältnismäßig niedrig bemessen, wie mitgeteilt wird. Die Wagen sind gegenüber Berlin, das den billigsten Autotaxi von ganz Deutschland besitzt, noch um 15 bezw. 25 Prozent niedriger. Die Grundtaxe beträgt für ein oder zwei Personen 70 Pf. und umfaßt bei Tagesfahrten bis zu 700 Meter, bei Nachtfahrten bis 400 Meter Wegstrecke. Je fernere 350 bezw. 200 Meter kosten 10 Pf. Die Zuschläge für Gepäck, Bahnhofstandgeld, Hunde usw. sind die bisher üblichen. Jeder Wagen weist 8/24 Pferdekräften auf und ist mit abnehmbaren Felgen ausgestattet, so daß Pneudefekte in kürzester Zeit beseitigt werden können. Ferner besitzt jeder Wagenführer ein Tripptique, das ihm den Uebergang über die österreichische Grenze ohne alle Weiterungen ermöglicht. (Die Wagen sollen auch zu weiteren Fahrten benutzt werden können.) Bereits in den nächsten Tagen wird man Gelegenheiten haben, die Kleinautos auf ihren Probefahrten durch die Stadt zu beobachten.

Folgende „Berichtigung“ geht uns zu: „Zu dem in der Dresdner Volkszeitung vom 21. d. M. erschienenen, mit „Große Erregung unter den Straßenbahnern des Straßenbahnhöfes Rauschig“ bezeichneten Artikel bitte ich höflich folgende Richtigstellung in Ihrem Blatte aufnehmen zu wollen. Der Herr Bahnhofsüberwarter hat folgende in Gegenwart des Votens einen Ausschüßdassner beauftragt, mich bei meinem Eintreffen in Rauschig 4,49 abzulösen. Daß dieses unterblieben, beruht nur auf einem Mißverständnis in der Zeit der Ablösung. — Uebrigens hätte ich, selbst wenn ich 4,49 abgelöst worden wäre, meine Frau nicht mehr am Leben angetroffen, da sie bereits 1/2 Uhr gestorben war. Hochachtungsvoll Max Schneider, Schaffner im Straßenbahnhöf Rauschig.

Demnach trüge also ein Ausschüßdassner die Schuld an dem Vorkommnis. Unsere Informationen stimmen damit allerdings nicht überein. Nächst sonderbar aber kommt uns der letzte Teil der „Berichtigung“ vor.

Die Eisenbahnen auf dem Zwinger- und Palastplatz sowie auf dem Parolassee sind wieder in Betrieb.

Selbstmorde. In einem Stalle in der Salzgasse erhängte sich ein 18jähriger Stallburche. — Ein Konfirmand in Döbeln verhielt sich in Konfirmandenunterrichte zu gewöhnlichen Salinialgeist zu sich. Er wurde von der Wohlthätigkeitskommission nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Viktoria-Salon. Am Sonnabend den 1. Februar wird ein neues Programm mit Künstlern aufgestellt, die zum größten Teil zum erstenmal in Dresden debütieren werden. An der Spitze steht die berühmte australische Lang-Schönheit „Sahare“. Das Gastspiel „Sahare“ ist nur ein vierzehntägiges, da die Künstlerin in der zweiten Hälfte in Paris verpflichtet ist.

Und der Umgebung.

Koschütz-Gittersee. Morgen abend findet im Gasthof in Koschütz eine wichtige Versammlung statt. Genossen Köhl, Berlin, spricht. Augustus dieser Versammlung für den Frauenbildungsabend aus. Wir erlauben die Arbeiterkassette und die Frauen und Mädchen recht zahlreich zu erscheinen.

Leubnitz-Neustadt. Morgen, abends 7 1/2 Uhr, findet öffentliche Gemeindevorstandssitzung statt.

Deuben. Der ledige Schneidergeselle B. wurde wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an Kindern, verhaftet.

Kleinopitz. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde Herr Goldbach als Vertrauensmann für die Landwirtschafliche Berufsgenossenschaft gewählt. Wegen der Einführung des Gales wurde kein Beschluß gefaßt, jedoch eine Kommission gewählt, die die Frage des elektrischen Lichtes eingehend prüfen und dem Plenum Vorschläge machen soll. Zur gehören die Herren Goldbach, Gocht und Artur Reitz als Mitglieder an.

Dippoldiswalde. Vor einigen Wochen wurde in einer geheimen Sitzung der Stadtverordneten die Erhöhung der Löhne für städtische Arbeiter beschlossen. Die Stadtverordneten erhielten pro Stunde 3 Pf. mehr, so daß der Lohn jetzt auf 37 bis 38 Pf. steht. Die Steinischlöhler erhielten eine Zulage von 30 Pf. für den Raummeter Steine zu hängen und zwar beträgt demnach der Akkordlohn für diese Arbeit 2,80 M. Bei den Erdarbeitern hingegen hielt man es noch nicht für nötig, die Zulage einzutreten zu lassen, sondern will damit warten bis zum Frühjahr, wenn die Arbeitszeit länger wird. Man glaubt viellecht, weil jetzt die Tage kürzer sind, braucht man auch weniger zu essen. Viel schneller aber geht es in anderen Fällen. So hatten die höheren Beamten einen Antrag auf Gewährung von Wohnungsgeldzuschuß gestellt, der von den Stadtverordneten aber abgelehnt wurde, da er nur die im Gehalt am höchsten stehenden Beamten treffen sollte. Sehr schnell war aber da der Stadtrat bei der Hand. Es wurde eine gemeinschaftliche Sitzung von Rat und Stadtverordneten abgehalten und hier wurde dieser Wohnungsgeldzuschuß glatt bewilligt. (1) Es ist auch leicht zu verstehen, daß in diesem Punkte Einigkeit zustande kommen konnte, im doch nicht weniger als fünf Beamte im Stadtverordnetenkollegium, und diese mußten ohne weiteres mit dem Rat die Mehrheit erlangen. (1) — Die öffentlichen Sitzung. Lassen sie wählenden übrig. Der Ausschuss nimmt nämlich dort immer ein ziemlich sanftes, manchmal ratendes Tempo an, um so schnell als möglich wieder in seine gewohnte Ruhe zurückzukommen. Die Zuhörer erfahren dann eigentlich vor dem, was dort vorgeht, sehr wenig.

Reichenberg. Donnerstag den 30. Januar, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeindevorstandssitzung. Reichhaltige und wichtige Tagesordnung. — Verholzungen für bedürftige Einwohner können im Gemeindevorstand in den Geschäftsstunden entnommen werden.

Bereinskalender für Freitag.

- 6. Kreis, Bez. Dippoldiswalde u. U. Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung im Gasthof zum Stern, Dippoldiswalde. — Bez. Goldsch. Abends 8 1/2 Uhr Frauenversammlung in Appendebes Gasthof in Goldsch. Metallarbeiterverband, Verwaltung Schmitzberg. Abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im Gasthof Schmitzberg. Arbeiterverein für Deuben u. U. Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-versammlung im Augustbad in Deuben. Arbeiter-Szenographenbund (System Krens). Unterrichtsbesuch und Liedersabend im Volkshaus.

Gerichtszeltung.

Geschworenengericht.

Wegen Abtreibung

gegen Enigelt wurde der vier wohnende Kaufmann Ludwig Müller im November vorigen Jahres von Landgericht zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, seine dagegen eingelegte Revision ist verworfen worden. Hinterwelle sind noch eine Reihe Fälle zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gekommen, die sich R. nun vor den Geschworenen verantworten muß. In Verhandlung fand unter Aufsicht der Defensivkassette statt, es waren 8 Zeugen und als Sachverständiger Gerichtsrat Dr. Oppé geladene. R. wurde zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Landgericht.

Arbeitsloß.

Der Mühlpolsterer Billy Hart Perlet hatte am 12. Oktober eine längere Gefängnisstrafe verbüßt und nun bekam er nirgend Arbeit. Seine Verhaftung war bald aufgehoben. In Blasewitz, wo er sich gerade aufhielt, schrieb er einen Brief, worauf er im Rahmen einer benachbarten Frau bei einem Wädel ein Nylot und fünf Stücken Kunden holen ließ. In derselben Nacht überließ er nach ein Grundstück und sah von einer Wädelreihe acht Herrenhänden. Eine Woche später kam er durch Verhaftung Gotta. Auf der Weidenhofstraße sah er ein Fahrrad stehen. Da es bis Blasewitz noch weit war, schraubte er sich darauf und fuhr damit ab. In Döbeln schrieb er sich schleunigst eine Quittung, nach der er das Rad bei einem Händler in Postzettel gekauft und auch bezahlt hatte. Einige Tage später steht er in Striesen noch Wädel. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Ranienhändlerhaber

sind die Arbeiter Max Alfred Reupold und Ernst Max Biederstein. In dem doppelt beschlossenen Stalle einer Schrebergartenkolonie in der Reustadt wuchsen sie prächtige beiläufige Ranien, von denen sie einige haben mußten. Am Abend des 30. November starrten sie der Gartenkolonie einen Besuch ab. Zunächst mußten sie einige Ranien

Victoria-Salon, Waisenhausstr. 24 (nicht d. vom Rathaus) „Prinz Guttain“ mit dem originalen Komiker Blatzheim und das glänzend neue, erstklassige Neujahr-Programm. Anfang 8 Uhr. Sonn- und Feiertags 4 und 6 Uhr Theater-Tunnel: Neues Ensemble Anfang 9, 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

des 1 1/2 Meter hohen Saumes befestigen, um in die Kolonne zu gelangen, dann in den Garten einsteigen, einen Schuppen und in dem Schuppen einzelne Schirme gewaltsam öffnen. Nun nahmen sie sich vier Stuhl von den erbeuteten Belgieren mit. Am Abend des 1. Dezember hatte Kappeler allein aus einem Stalle in der Stadtkirche sechs belgische Kanarienvögel. In der Nacht zum 3. Dezember unternehmen beide zusammen noch einmal eine Exkursion in den Schreberpark, wobei sie zwei Kanarienvögel. Unter Annahme mildernden Umstände wurde Kappeler zu acht und Lieberwitz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Polizei und Vereinsgesetz.

Am 18. Oktober 1912 fand in der Centralhalle eine Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt, in der der Genosse Landtagsabgeordneter Fleißner über: „Die Teuerung und die fälschlichen Arbeiter“ referierte. Einberufen war der Verbandsbeamte Genosse Julius Heider vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Versammlung sollte dem hauptsächlichsten Zweck dienen, beim Stadtrat zu Dresden eine Teuerungszulage für die fälschlichen Arbeiter vorzubereiten. Da die diese Versammlung für eine gewerkschaftliche hielt, wie sie der nicht geleitete Verband oft abbühl, hatte er sie nicht angemeldet. Kurze Zeit darauf erhielt er von der Polizeidirektion eine Strafverfügung über 10 M., weil er eine politische Versammlung nicht angemeldet habe. Er beantragte gerichtliche Aufhebung. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Verletzung des Vereinsgesetzes nach § 5 und 6 zu 10 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte H. Berufung ein. Er bestritt die Ansicht der Polizeibehörde, daß die Versammlung eine politische gewesen sei. Die Einladung sei lediglich an die Gemeinde- und Staatsarbeiter ergangen, wenn auch eine direkte Personenkontrolle am Saaleingang nicht stattgefunden habe. Es war auch nicht anzunehmen, daß andere als die eingeladenen Arbeiterkategorien kamen, denn gerade um die Zeit wurden von der sozialdemokratischen Parteileitung in allen Gegenden der Stadt politische Versammlungen mit diesem Thema abgehalten. Er habe auch mit dem Referenten vorher die Bestellung des Referenten eingehend über den Zweck der Versammlung gesprochen und auf die geeignete Vorbereitung hingewiesen. Das Referat sollte nur die Einleitung zu der eventuell zu beantragenden Teuerungszulage sein. Der Landtagsabgeordneter Fleißner habe er als Referenten gewählt, weil er früher Stadtdirektor in Dresden war, mit den Verhältnissen der fälschlichen Arbeiter vertraut und ein gewandter Redner sei, der die Materie beherrsche.

Als Zeuge wurde zunächst Kriminalassistent August Bucher ernannt, der in der Versammlung als Stenograph anwesend war. Er gab an, daß eine Einlasskontrolle nicht bestanden habe und er bei seinem Eintritt von niemand angehalten worden ist. Hierzu wurde vom Angeklagten bemerkt, daß der Zeuge als Versammlungsüberwachender allgemein bekannt ist, daß die Versammlung aber auch öffentlichen Charakter trug, denn es sollte ja mit der Versammlung für den Verband agitiert werden. Nun wurde ein großer Teil des Referats vorgelesen, um zu konstatieren, ob dasselbe politischen Inhalts gewesen sei. Hierbei bemängelte der Verteidiger, Rechtsanwalt Heide, daß dieser Bericht ja gar nicht das Originalstenogramm des Referats vorgelesen, das der Bericht in indirekter Rede spricht. Der Zeuge antwortete, daß das der Bericht wolle, wie er ihm für seinen Vergleich gemacht wurde. Vom Verteidiger wurde weiter erzwungen, ob ein Versammlungsüberwachender, wie der Zeuge, die nötige Befähigung hat, zu unterscheiden, was politisch ist und was nicht; dieser Unterschied sei oft den Juristen schwer zu treffen. Der Zeuge führte noch aus, daß er den Vortrag vom Fleißner schon mehrfach gehört habe, daß nach seiner Ansicht politisch (also nur die „politischen“ D. H.) Momente des Vortrages habe er fixiert.

Auf Veranlassung des Verteidigers war auch Genosse Fleißner als Zeuge geladen, der ungefähr folgendes ansetzte: Er habe, bevor er mit seinem Referat begonnen, erst sein Konzept auf den bestimmten Zweck hin einer Durchsicht unterzogen, da er sich bewußt war, diesen Abend vor einer Gewerkschaftsversammlung zu sprechen. Seine Rede sei an diesem Abend ein reiner Gewerkschaftsvortrag gewesen, die politischen Momente habe er geistlich vorgelesen, und habe zum Schluß auch noch auf die Gewerkschaftsbewegung als eines der Hilfsmittel hingewiesen, die bei Lebensmittelerzeugnissen den Arbeitern Vorteile bringen. Nun wurde ein großer Teil der Rede noch einmal dem Vorsitzenden vorgelesen. Wohlwollend: immer nur das, was von dem Kriminalbeamten als fälschlicher Rede vorgelesen worden war. Darin hörte man von „Bethmann-Hollweg“, „Dünamerl, ein kleines Land, könne dem vierzigjährigen Deutschland auf die Dauer kein Fleisch liefern“, „Kolonaten haben Fleisch, das darf aber nicht herlein“, und so eine ganze Reihe Ausführungen, aber nicht im Zusammenhang. Vom Vorsitzenden befragt, ob er das alles gesagt habe, antwortete Genosse Fleißner, das sei möglich, aber er habe viel mehr gesagt, was der Zeuge vorgelesen habe, sei nebenbei und aus dem Zusammenhang gerissen. Außerdem wird ein Vortrag noch nicht politisch, wenn zur Erläuterung einmal ein politisches Wort angewendet wird. In den Worten des Reichsvereinsgesetzes und bei der Vernehmung des Zeugen vor dem Reichstag ist wiederholt auf die lokale Handhabung des Gesetzes hingewiesen und eine solche verprochen worden. Es habe ihm als Referent kein Recht der Versammlung vor Augen gestanden, eine Teuerungszulage vorzubereiten, und da wisse er, daß man ein wirtschaftliches Referat halten müsse. Außerdem sehe er (damals befragt) fast 30 Jahre in politischen Leben, da wisse er seine Rede zu präzisieren und die Klippen des Vereinsgesetzes zu vermeiden.

Der Staatsanwalt plädierte für Verwerfung der Berufung, während die der Verteidiger noch einmal warm seines Klienten annehmen. Die Berufung wurde verworfen! In der Verurteilung wurde ausgeführt: Es mag zugegeben werden, daß man anfänglich keine politische Versammlung geplant habe, aber sie habe sich nach und nach zu einer solchen herausgebildet. Es haben sich politische Gegenstände herausgestellt; der Angeklagte hätte müssen den Referat bei seinen Entgehnungen (!) unterbrechen, das hat er nicht getan, somit ist die Versammlung zu einer „politischen“ geworden, und die war anzuzeigen.

Wie fragen wir: würde in ähnlichen Fälle der Verankfall einer bürgerlichen Versammlung auch angeklagt und verurteilt worden sein? — — —

Schöffengericht.

Von der „gefüllten Komposthaufen“.

Die Anklagehand betritt der 60jährige ledige Gärtner August Schöner, ein gewöhnlicher „Landarmer“ Kreis, um sich wegen Bettelns zu verantworten. Der alte Mann hat bis ins hohe Alter gearbeitet und war nach seiner Behauptung bis 1911 in einer Stellung, die er 10 Jahre inne hatte. Jetzt will es ihm nicht mehr gelingen, Arbeit zu erhalten. Der soll ihn auch noch beschäftigen, da er kaum fort kann? Weil der herrschenden Arbeitslosigkeit im Winter ist ökonomisch die Anstellung junger Arbeitskräfte fühlbar, und da wird so ein alter Mann an die Wand gedrückt. Er hat auch keine Verwandten mehr, die sich seiner annehmen könnten, denn seine Geschwister sind gestorben. Im vergangenen Jahre erhielt er zahlreiche Bettelbesuche. Am 19. Januar war er erst einige Tage aus der Haft entlassen worden, als ihn ein Wundarzt auf dem Gansschplatz in der Neustadt verhaftete. Er soll sich dort mit dem Gans in der Hand aufgestellt und milde Blicke mit Rücksicht auf seinen gebrechlichen Körper spendet. Das will der Wundarzt Gemeinwohl bedenkend haben. Der Wundarzt beantragte eine Strafe von 10 M. mit der Motivierung, der Angeklagte sei ein „getriebener und unverbesserlicher Bettler“. Das Gericht erkannte denn auch auf drei Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeiabteilung. — Als ins hohe Alter, solange die Knochen mitunter, schreien können, — dann als „Arbeitslose“ ins Arbeitsloshaus! Das ist die düsterste soziale Sorge der bürgerlichen Gesellschaft für den Arbeiter.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1911

Die Einführung des gesetzlichen Feiertagsbegriffes für Arbeiterinnen hat das Ueberarbeitendebitus der Industrie ganz erheblich gelindert. Bereits im Jahre 1910 trat diese starke Zunahme der bewilligten Ueberstunden hervor, indem deren Zahl an Wochenenden (ausschließlich der Sonnabende) von 1,96 auf 6,25 Millionen stieg. Der Rückgang war im Jahre 1911 nur ganz unwesentlich, und es scheint, als ob das Ueberarbeitendebitus sich einige Jahrzehnte lang bei diesem Umfange von Ueberarbeit behaglich ausbreiten wolle. Im Berichtsjahre wurden 5679 (1910: 5699) Betrieben an 111 679 (112 380) Betriebsstätten für 482 694 (451 554) Arbeiterinnen insgesamt 6 026 812,2 (6 251 882,2) Ueberstunden gestattet, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb 19,9 (19,2) Ueberarbeitstage und 1025,1 (1066,8) Ueberstunden, auf jede beteiligte Arbeiterin 12,5 (13,8) Ueberstunden entfielen. Da auf jeden der beteiligten Betriebe durchschnittlich 82,1 beteiligte Arbeiterinnen kommen, so geht daraus hervor, daß es überwiegend Großbetriebe, und zwar die größten sind, die sich auf solche Weise die Möglichkeit vermehrter Ausnützung der weiblichen Arbeitskräfte verschaffen und die Absichten des Arbeiterschutzes durchkreuzen.

Den Ueberarbeitendebitus dieser Mehrarbeitszeit hat wieder die Nahrungsmittelindustrie mit 78 617 Stunden für 2032 Arbeiterinnen davongetragen; aber auch für die Textilindustrie und Metallbearbeitung sind noch ganz erhebliche Beträge im Umfange von 59 644,5 und 45 797,0 Ueberstunden für 1673 bzw. 432 Arbeiterinnen zu verzeichnen. Die höchste Durchschnittsziffer dieser Mehrarbeitsstunden entfiel auf die Textilindustrie mit 1704,0 Stunden pro Betrieb; die höchste Belastung der Arbeiterinnen nahm die Metallindustrie mit 106,0 Stunden pro Kopf der Arbeiterinnen in Anspruch. Hier scheint die Grenze des Notwendigen für denartige Bewilligungen weit überschritten zu sein, denn diese Durchschnittsziffer bedingt an jedem Sonnabend für jede betroffene Arbeiterin eine mehr als zweifelhafte Ueberarbeit.

Weiterhin gestatteten die Verwaltungsbehörden noch 261 Betrieben (1910: 347) die Längerbeschäftigung von 5526 (1910: 6052) Arbeiterinnen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage über den gesetzlichen Arbeitsschutz hinaus. Es handelt sich dabei um Arbeiterinnen, welche ein Hausdienst nicht zu versehen haben. Obwohl die Zahlen der Betriebe, Arbeiterinnen und Ueberarbeitstage kleiner als im Vorjahre waren, ist die Zahl der bewilligten Ueberarbeitstunden ganz erheblich gestiegen, nämlich von 194 501,8 auf 239 500,5 Stunden, so daß auf jeden beteiligten Betrieb 917,6 (1910: 569,5) und auf jede betroffene Arbeiterin 43,3 (32,1) Ueberstunden entfielen. Im Durchschnitt ist jeder Betrieb mit 21,1 (17,4) Arbeiterinnen beschäftigt. Da diese Arbeiterinnen in der Hauptsache mit Reinigungsarbeiten beschäftigt werden, so beweisen die letztgenannten Durchschnittsziffern wiederum, daß es sich auch hier um Großbetriebe handelt, welche sich diese Gelegenheit eines außergewöhnlichen Gewinnes nicht entgehen lassen.

Wesentlich der Sonntagsarbeit gibt die Statistik der Gewerbeaufsicht nur von den Bewilligungen nach § 105 I der Gewerbeordnung Kenntnis, also solchen, die von den unteren Verwaltungsbehörden zur Verhütung eines übermäßigen Schadens zugelassen werden, während Bundesrat und höhere Verwaltungsbehörden zahlreiche Ausnahmen von der Sonntagsruhe gestatten, über deren Umfang keine Statistik gegeben wird. In der Bewilligung der sogenannten Sonntagsarbeit hat sich nun im Berichtsjahre eine erhebliche Zunahme bemerkbar gemacht, indem 3408 Betriebe (gegen 2915 im Vorjahre) für 136 972 Arbeiter (1910: 135 234) insgesamt 1 987 501 Arbeitsstunden (1910 nur 1 449 881,6) bewilligt erhielten. Es kamen hierauf auf jeden Betrieb 583,2 (497,3) und auf jeden Arbeiter 12,7 (10,7) Stunden Sonntagsarbeit im Jahre. Die Tatsache, daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb 46,9 Arbeiter an dieser Sonntagsarbeit beteiligt waren, beweist, daß auch hier vor allem die Großbetriebe sich diese Möglichkeit, die Betriebsintensität zu steigern, zunutze machten.

Es muß das Bestreben der Gewerkschaften sein, so viel Einfluß auf die Regelung der Arbeitszeit zu gewinnen, um diese Ueberarbeit möglichst auszuschalten. Wonders kann auf dem Wege der Lohnaufschläge, die tariflich festgelegt werden, geschehen. Aber auch die Arbeiter selbst müssen sich mehr gegen ein Uebermaß von Arbeitsstunden wehren und das Ansehen von Sonntagsarbeit möglichst zurückweisen. 6,3 Millionen Ueberstunden von Arbeiterinnen und 2 Millionen sonntägliche Ueberstunden im Jahre 1911 ergeben nahezu eine Million Arbeitsstunden, die einem ansehnlichen Heer von Arbeitslosen Beschäftigung geboten hätten. Es erhebt sich also das eigene Interesse der Arbeiter, diese Mehrarbeit in Zukunft einzudämmen.

Seit dem Jahre 1902, also in einem Zeitraum von neun Jahren, ist die Zahl der reibungslos funktionierenden Betriebe von 178 936 auf 297 969, also um 119 033 oder um 66,5 Prozent und insbesondere die Zahl der Betriebe mit Arbeiterinnen von 45 699 auf 97 512, also um 51 813 oder 113,4 Prozent und die der Betriebe mit jugendlichen Arbeiterinnen und Kindern von 61 050 auf 110 240, also um 49 190 oder 80,5 Prozent gestiegen. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter vermehrte sich von 4 849 108 auf 6 935 657, somit um 2 086 549 Köpfe oder 43,2 Prozent. Hierunter wuchs die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter an von 3 664 461 auf 5 099 154, also um 1 434 693 — 39,1 Prozent; die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen nahm zu von 860 087 auf 1 317 692, sonach um 457 605 — 53,3 Prozent. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter über 14 Jahre stieg von 316 303 auf 500 417, das ergibt ein Mehr von 184 114 oder 59,7 Prozent, und die Zahl der Kinder unter 14 Jahren von 8077 auf 13 404, nahm also um 5327 — 65,9 Prozent zu. Wird durch diese Zahlen der Ansehen erweckt, als ob die Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen in stärkerem Maße als die von Männern zugenommen habe, so darf doch der Hinweis nicht unterbleiben, daß der Vergleichswert dieser Zahlen nur ein sehr bedingter ist. Die Erziehung des Fabrikbegriffes durch die Bezeichnung „Betriebe mit mindernden zehn Arbeitern“ hat dazu geführt, daß zahlreiche Betriebe mit Arbeiterinnen, Jugendlichen und Kindern der Gewerbeaufsicht nun unterstellt worden sind, die ihr vorher nicht unterstanden. Zusammen kennzeichnen diese Zahlen die Fortschritte, deren sich auch heute noch besonders die jugendliche Arbeitskraft in Kreisen der auswendigen Unternehmer erfreut.

Die Revisionsergebnisse zeigen uns, daß in der Kontrollierung der Betriebe zwar ein kleiner Fortschritt eingetreten ist, der aber zu wenig ist, um uns mit Zukunftshoffnungen zu erfüllen. In den neun Jahren von 1902 bis 1911 hat sich das Revisionsverhältnis von 49,1 auf 54,4 Prozent der Betriebe und von 78,8 auf 83,9 Prozent der Arbeiter gehoben, also im Jahresdurchschnitt um 0,56 bis 0,20 Prozent. Sollte dieses Tempo für die Weiterentwicklung der Gewerbeaufsicht maßgebend werden, so sind wir in nahezu 77 Jahren so weit, daß alle Betriebe wenigstens einmal im Jahre besichtigt werden. Im Jahre 2000 würde damit erreicht werden, was im beruflichen Vordruck schon seit Jahren durchgeföhrt ist. So kann es aber auf die Dauer nicht weitergehen, wenn die Verbündeten Regierungen überhaupt auf die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze irgendwelchen Wert legen und nicht das Verantwortlichkeitsgefühl der Unternehmer künstlich absumpfen wollen.

Die sehr der staatliche Arbeiterschutz an Bedeutung gekunnen ist, zeigt uns ein Blick auf die Erwerbslosen der Gewerkschaften, soweit sie in den Tarifverträgen zum geltenden Recht erhoben worden sind. Da ist die Arbeitslosigkeit in einem ganz erheblichen Teil weit unter die gesetzliche Grenze verfrüht, der Schutz gegen Erpressung von Ueberarbeit durch Lohnaufschläge verfehlt, für einen großen Kreis von Arbeitern die Arbeitsvermittlung gescheit, vor allem aber die Lohnfrage, an die die Befreiung selber überhaupt noch nicht heranzutreten wagte, im Sinne der Einführung von Mindestlöhnen gescheit. Das alles haben die Arbeiterschutzorganisationen selber ohne den Apparat amtlicher Behörden fertiggebracht. Es wäre den Gewerkschaften ein Leichtes, für die Durchführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen einzutreten, wenn sie den Apparat der staatlichen Behörden für sich, anstatt, wie es heute meist geschieht, der Fall ist, gegen sich hätten. Werden die staatlichen Aufsichtsbehörden zu

auf die Mitarbeit der Gewerkschaften Rufen und deren Organe in jedem Betriebe Rechte einzuräumen, dann wäre es besser um die Durchführung des Arbeiterschutzes im Deutschen Reich bestellt. Inbes dar der Widerstand der Behörden die Gewerkschaften nicht abhalten, freiwillig ihre Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen und in allen Betrieben durch ihre Vertrauensleute ein scharfes Auge auf die strenge Einhaltung der zum Schutze der Schwachen erlassenen Gesetze zu halten. Nicht um Dank und Anerkennung zu ernten, sondern im eigenen wohlüberlegtem Interesse sollen sie sich als Organ des Ordnung in den Betrieben fühlen, denn es erleichtert ihnen ihre notwendige Vorarbeit für weitergehenden Arbeiterschutz.

Gewerkschaftliche Arbeiterschutz.

Profanes.

Der Zimmererverband in Dresden im Jahre 1912.

Aus dem Geschäftsbericht der Jahrshefte des Zimmererverbandes für Dresden und Umgebung geht hervor, daß das verfloßene Geschäftsjahr das günstigste seit der Hochkonjunktur der 80er Jahre war. Besonders die großen Betonbauten, an denen bekanntlich viele Zimmerer beschäftigt werden, sowie der gewerkschaftliche Kleinwohnungsbau haben wesentlich dazu beigetragen. Der Bericht gibt einen Ueberblick über die Pläne der Schanzmayer des Baugewerbes, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle, die der Herr Hofzimmermeister Rood dabei spielt.

Die Mitgliederzahl betrug am Ende des 3. Quartals 1912 4340 gegen 3810 zur selben Zeit im Jahre 1911. Im Durchschnitt betrug die Mitgliederzahl im Jahre 1912 3894. Die Einnahme betrug 234 441,30 M., die Ausgabe 206 901,89 M. Der Passivstand am 31. Dezember 1912 betrug 130 605,03 M. An Arbeitslosenunterstützung, die seit dem Jahre 1906 eingeföhrt ist, wurden im Jahre 1912 an 2369 Mitglieder für 24 685 Tage 38 763 M. ausgezahlt, für Lohnkämpfe an 22 Mitglieder für 90 Streittage 301,70 M. (1911: 360,30 M., 1910: 153 558 M.)

Günige ganz interessante Statistiken enthält der Bericht über die Beteiligung an der Raiffeiler, an der politischen Bewegung und an dem Abonnement des Parteiblattes: An der Arbeitruhe beteiligten sich 1372, an den Demonstrationen 1340, Parteimitglieder waren 1912 von 4136 betragten Zimmerern 2016, Leser der Parteizeitung 2303, der Gewerkschaftsbewegung gehörten 1362 Mitglieder an.

Von je 100 beschäftigten Zimmerern waren Mitglieder des Zimmererverbandes in Dresden 96 Proz., in Pirna 80,75 Proz., in Reichen 80,82, Rabenberg 89,31, Dippoldiswalde 88,88, Sebnitz 83,80, Rabenburg-Sebnitz 77,27, Lommatzsch 70 Proz. Im betragten Gebiet 64,17, im ganzen Jahrelandgebiet im Durchschnitt 91,66 Proz.

Der Vertragslohn variiert zwischen 67 Pf. im 1. Lohnbezirk Dresden und 41 Pf. im 4. Lohnbezirk Dippoldiswalde, die Arbeitszeit zwischen 9 und 10 Stunden täglich.

Aus all dem vorstehenden ist ersichtlich, daß die Organisation sich ausgezeichnet entwickelt hat. Sie kann getrost den Ruf in diesem Jahre erneut herbeibringenden Kampfe im Baugewerbe entgegensehen, wenn es nicht zu einem friedlichen Abgleich der Vertragsverhandlungen kommen sollte.

„Wohlfahrteinrichtungen“ bei der Firma Siemens.

Der Nachgenosse, das Verbändereigen der Glasarbeiter, veröffentlicht in seiner letzten Nummer folgende charakteristische Schilderung eines Eingeweihten:

Bekanntlich existiert in hiesiger „Siemensischen Glasfabrik“ unter anderen sogenannten „Wohlfahrteinrichtungen“ eine Arbeiter-Pensionskasse, nach deren Satzungen alle invalid gewordene Arbeiter nach 10- bis 30-jähriger treuer Arbeit eine Pension im Höchstbetrage von 40 M. pro Monat erhalten sollen. Verbindung aber laut Statut ist, daß die Betroffenen sich an keiner „Lohnbewegung“ beteiligen dürfen. Nach bei dem Generalstreik im Jahre 1901 meinte Direktor Wiegand bei den siebengebliebenen treuen Schülern: „Ich danke Euch, daß Ihr mich nicht im Stiche gelassen habt, ich werde es nicht vergessen; wenn Ihr alt werdet, werde ich für Euch sorgen!“

Wiewohl wird da nun mancher Arbeitswillige freudig aufgetaucht haben, denn was „unser Direktor sagt“, darauf bauen wir 50 Jahre. Nun war die Altersgrenze bis vor nicht langer Zeit 50 Jahre, voriges Jahr wurde sie auf 60 Jahre hinaufgeschoben. Aber wer wird denn bei der langen, an Entbehrungen aller Art so reichen Arbeitszeit nach 60 Jahre?

Zwei besonders traurige Fälle, die sich in den letzten Wochen ereigneten, seien hier erwähnt. Ein Arbeiter, der seit seinem 14. Lebensjahre, d. h. seit 1875, der Wellstema treu gedient hatte, wird gänzlich wack. Anfangs gab man ihm gar nichts; dann nach Jahr und Tag ruft man ihn ins Kontor, wo man ihm eröffnet, von dem Tage von 40 M. geht ab:

- 1. Seine Invalidenrente in Höhe von 19,20 M.;
- 2. hat er vor ungefähr 15 Jahren sich einmal ungebührlich gegen einen Vorgesetzten betragen;
- 3. hat er mit dem Schreiber dieses verkehrt, der ihm im April 1912 ein Gefuch um Pension schrieb, und
- 4. hat er sozial feilschnappt.

Also erhält der Mann für 37-jährige treue Arbeitsleistung ganze 8,50 M. Pension. — Ja, der Dank für 1901!

Zweiter Fall: Ein Glasarbeiter, der seit 27 Jahren treu gedient hat, wird invalid. Der Arzt sagt ihm erst noch langer Krankheit: er könne jetzt wieder arbeiten, aber nur halbe Schichten. Man denke, halbe Schichten! Aber auch dazu ist der Mann außerstande. — Nach einigen Wochen wird der Mann an die Pflichtenpresse gestellt; hierzu ist er aber zu schwach. Also wieder zum Arzt! Der sagt ihm, daß er gänzlich hin sei; er solle doch einmal um leichte Arbeit nachfragen in der Fabrik. Aber da wird von oben befohlen, den Mann auf keinen Fall zu beschäftigen, d. h. man schüttelt ihn ab, und er erhält keinen Pfennig. Betreffender sagt noch zum Arzt: „Jetzt muß ich mich schämen; ich habe keinem Verband angehört, habe nicht mitgeteilt, und nun der Dank!“

Und nun ist noch eine ganze Anzahl solcher Leute vorhanden, die eben auch auf den Dank warten, wenn sie sich werden, und denen das gleiche Schicksal droht.

Dabei seien auch der Geschäftsgang und die vielen „Feierstunden“ wieder einmal unter die Lupe genommen. Man hat ja versprochen, wenn die Sperrre aufgehoben werde, bezahle man das schlechte Glas; aber man hat sich sofort auf andere Weise. Die Hüttenmeister durften eben nur gutes Glas verarbeiten lassen, was verdächtig, mußte aufgehört werden. Mehr Lohn kann man auch nicht zahlen, trotzdem anderwärts mehr bezahlt wird; aber die berühmte Drensmaschine macht zwei! Bruch und schmälert die Dividende.

Vor einigen Tagen jagte ich einen Mineralwasserfabrikanten nach der Aquaducelle seiner Flaschen und dem Preise. Er nannte mir Ort und Preis (120 M. pro Tausend); er meinte aber: „Der, bei Siemens, kosten sie 140 M.“ Also 20 M. teurer wie von auswärts und trotzdem die schlechten Böden, die in gar keinem Verhältnis zu den Wohnungs- und Lebensmittelpreisen stehen. Aber die größte Schuld trifft die hiesigen Kollegen selbst, die seit jeder tendenziös zusehen, wie man Kriem aus ihrer Haut schneid, und die nun einem traurigen Lebensabend entgegengehen.

Konkurrenzlos ist nur Thalia-Theater
Tymians Thalia-Theater
Dresden-St. 6
Gärtner Str. 6
Teleph. 4580
Sonntag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Abschluß 20 u. 30 Pf. Entree. Donnerst., Samstag „...“
Sonntag, Montag u. Samst. nach 11 Uhr.

Dringende

WARNUNG

Die ergebenst Unterzeichneten fühlen sich gedrungen, mit aller Energie darauf hinzuweisen, dass es in Dresden eine Sehenswürdigkeit gibt, auf die die größte Stadt der Welt stolz sein würde. Wir meinen weder die Sixtinische Madonna, noch die Brühlsche Terrasse, noch sonst welche von Professoren und Gelehrten geheiligte Sehenswürdigkeit, sondern das denkbar populärste Unternehmen der Welt, den Circus Sarrasani. Wir müssen es mit besonderer Genugtuung aussprechen, dass Herr Direktor Stoeck-Sarrasani alle Versprechungen, die wir an ihn knüpften, eingelöst hat, und dass ihm ein Erfolg beschieden ist, der einzigartig genannt werden muss. Es ist kein Wunder, dass sich

vor Sarrasani

täglich Tausende von Einlass-Begehrenden stauen, um die letzte Gelegenheit wahrzunehmen, die gewaltigen Attraktionen zu sehen, mit denen uns das Eröffnungs-Programm des Circus Sarrasani beschenkt hat. Sie werden nun Abschied nehmen von der Stätte ruhmvollen Beifalles, wo sie gemeinsam ein Circus-Programm geschaffen haben, wie es die Welt überhaupt noch niemals sah.

Wir warnen Gleichgültige

die da vielleicht glauben, es habe noch lange Zeit mit dem Circus Sarrasani. Nein, schon am 31. Januar verschwindet der gewaltige, bunte Trupp von Arabern, Chinesen, Japanern, verschwinden die dressierten Seelöwen, verschwinden die Adones-Brothers, die waghalsigsten Artisten der Welt, vom Programme des Circus Sarrasani, um ab 1. Februar neuen Ueberraschungen und in Dresden nie gesehenen Attraktionen Platz zu machen.

Hinaus aus Sachsen

braucht keiner mehr, seit wir Sarrasani haben, um solche Sehenswürdigkeiten zu schauen. Wir besitzen den „Circus der Circusse“, wie ihn die Presse Berlins taufte, wir besitzen den „Ueber-Reinhardt der Manege“, wie die Frankfurter Zeitungen vor kurzem erst den Leiter des Circus Sarrasani nannten, als den unsern, und es wäre ein

Skandal

wenn ein derartiges Unternehmen nicht denjenigen Erfolg in unserem schönen Dresden hätte, den es verdient. Darum:

Auf zum Sturm

auf die Kassen des Circus Sarrasani!

× × ×

Molkerei-Artikel, Monats-Garderobe, Restaurant, Alt Gaßmeyer, Konzerthaus Stadtwald-Schlösschen, Hirsch Rauchhaus, Waldschänke Hellerau, Wobsa, Annen Hof, Bauernschänke, Krystall-Hallen, Roßtaler Hof, H. Schnabel, Schlossschänke Obigau, Stadt Gambirius, Postplatz, Joh. Hellmich, Carl Hoppe, August Knoll, Louis Känitzer, Lustiger Zecher, Mühlhof, Otto May, Felsenkeller-Ausschank, Tunnel-Restaurant, Schokoladen, Cacao, Tee, Gerling & Rockstroh, Hugo Müller, A. Klem, Margrafenstraße 31, Chocoladen, Hering

Papierwaren, J. Höningsberg, Optiker, Ed. Wiegand, G. Rosenmüller, Putz- und Modewaren, Scheuertücher, Hausfrauen, Kunath & Polke, Schuhwaren, Amerikan. Besohlenstalt, Just Turnschuh, Jacob's Schuhhäuser, G. A. Gäbler, Wilh. Geißler, ff. Florida-Tafelöl, Wasch-u. Plätt-Anstalt, Glitzer's Waschanstalt, F. Keuerleber, Heint. Thomschke, Paul Hoyer, Palmstr. 18, Zahnärztl., Dentift Flach, Dentift Bochmann, Karl Günzel's Zahnpraxis

Sattlerei und Polsterwaren, Herm. Roscher, T. Teucher, Schandauerstr. 61, Arno Melzer, Uhren und Goldwaren, MOLL, Treppenhauer, Lorenz, Waffel- und Cäksfabriken, ALFA, Fr. Gerstenberg, Waffeln, Richard Seim, Leipzigerstr. 70, Weine, Liköre, Schinke's Wermutwein, Schinke & Co., Wermutwein, Georg Schinke, Gema.-Ger., Schilling & Körner, A. Behrich Nchlig, Adolph Eckhardt, A. L. Fuchs, F. Keuerleber, Heint. Thomschke, Paul Hoyer, Palmstr. 18, Zahnärztl., Dentift Flach, Dentift Bochmann, Karl Günzel's Zahnpraxis

Wäsche, Dauer-Wäsche, K. Wagner, Diverses, Herm. Földner, Dresden-Löbtau, Anna Schlesinger, Bauer & Haase, Freudenberg's, Schuhhaus, Erbstöber & Haubert, Adler-Drogerie, Gempertlein & Wcelak, Edelweiss, Kauthaus Haller, Kauthaus Steinhart, L. Hoffmann, F. Kaul, Gustav Liebig, Robert Seidel, Molkerei Seifert, Poststr. 25, Schuhwaren, Wäsche, Schürzen, Boyrich & Barnhardt, Sprech-Apparate, Ernst Berthold, G. Wassner, Bruno Brückner, H. Bültner, D. Demnitz, J. Dielenhaber, A. Döring, G. Eckardt, B. Ehrlich, O. Feldmann

Dresden-Löbtau, Dresden-Gruna, Franz Winkler, Briesnitz, Böhlaus, Coswig, Carl Bähr, Adler-Brauerei, Rudolf Koch, Buchbinderei, U. Pinkert, Guido Wippler, Cossebaude, Brauerei Cossebaude, E. Kleiner, Markthalle, E. Marschner, M. Richter, J. Stöber, Carl Thomas, Wollu-Apothek, Deuben, Carl May, Dampf-Molkerei Deuben, Hermann Zimmermann, Apotheke zu Deuben, Max Schubert, Emil Seidel, Elsa Vogel, Molkerei M. Matthes, Dippoldiswalde, Billige Lampenecke, Leon Leibner, Otto Bester, Ferd. Florian, G. Heydel, H. Wickmann, Max Jünger, Rich. Legler, E. Nietzold, Reichskrone, Osk. Strabberger, Alfr. Thümmel

Gorbitz, Brauerei Gorbitz, Gust. Eisler, Barbier u. Friseur, A. Fritzsche, Meisch u. Wurst, Gust. Füllkrug, H. Griebach, Th. Grodmann, W. Günzel, K. Mischke, E. Müllersch, Döhlen, Erste Behldungshalle, Drogerie Döhlener Hof, Gansauge, Otto Kunze, Fleischmeister, Max Röhle, Ernst Thomas, Klotzsche, Lina Barthel, Hugo Stegmann, Bäckerei, Kemnitz, Karl Martin, Kaitz-Hänichen, Rich. Röhiger, Kesselsdorf, Grambach, Wergutz, H. Scheibner, Gasthof z. Krone, Kesselsdorf, Th. Richter, P. Hake, Rätzchenbroda, Ernst Kupfer, Lösnitzer Kaufhaus, Paul Matthes, Paul Pönitz, Stehbierhalle, Wollu-Haus, Karl Tanneberger, Lausa-Weizdorf, Max Beyer, M. Giesel, Leuben, Apotheke zu Leuben, F. Kleemann, Aug. verw. Langer, Kaufhaus, Herm. Stark, Weinhold, Bierhandlung, Laubegast, Molkerei Naake, H. Kaiser, Bernh. Maul, Lockwitz-Kreischa, O. Kunze, Leubnitz-Neustra, Michael Nager, Bierhandlung, Ned. Klaberg

Dresden-Löbtau, Dresden-Gruna, Franz Winkler, Briesnitz, Böhlaus, Coswig, Carl Bähr, Adler-Brauerei, Rudolf Koch, Buchbinderei, U. Pinkert, Guido Wippler, Cossebaude, Brauerei Cossebaude, E. Kleiner, Markthalle, E. Marschner, M. Richter, J. Stöber, Carl Thomas, Wollu-Apothek, Deuben, Carl May, Dampf-Molkerei Deuben, Hermann Zimmermann, Apotheke zu Deuben, Max Schubert, Emil Seidel, Elsa Vogel, Molkerei M. Matthes, Dippoldiswalde, Billige Lampenecke, Leon Leibner, Otto Bester, Ferd. Florian, G. Heydel, H. Wickmann, Max Jünger, Rich. Legler, E. Nietzold, Reichskrone, Osk. Strabberger, Alfr. Thümmel

Fortsetzung des Praktischen Wegweiser

Potschappel Bellmann & Thömer Marktstr. 6 haben sich v. Verkauf v. Turnern wonnliche, fromme, billigen Schnitzwaren etc. etc. bestens empfohlen. Alle anderen Musikinstrumente besonders preiswert.	Potschappel R. Fleischer Reinigung und Reparatur d. Zähne. Robert Luff Haus- u. Köchenger Geschäftskartell. Puhrmanns Reinigungs- u. Haus- Wirtschafts-Geschäft. Otto Flössner Uhren-Goldwar. Optische Artikel. Albin Gläber Uhren u. Gold- optische Artikel. Weymann's Restaurant und Kolonialwaren. Kur Troben Schicht Restaurant Hauptstr. 107. Telefon 107. Kurt Sorge , neben d. Apotheke Kaffee, Tee u. Kakoband.	Leutewitz O. Liedner Möbelmagazin Sattler, Fußboden- arbeiten. R. Nocke-Nachf. Inh. Fr. Kern Sattler, Fußboden- arbeiten. W. Vacula Hüte, Mützen und Fellewaren.	Niedersedlitz Arthur Müller Fleischer-Metz. Bismarckstr. 24. Osk. Wende Gärtnerei, der Umgebung.	Radebeul Alte Apotheke Gellertstr. 11. Spezialität: Ferriphollin Anerk. Kräftigungsmittel für Nerven, Magen- und Nervenleiden. W. Nehrens Uhren, Goldwaren u. Schmuck. Albert Böhm Fahrrad- und Reparaturgeschäft. Bruno Fischer Fleischermetz. Gartenstr. 74. Th. Große Haus- u. Köchenger. Paul Grunert Kürschnermetz. Lützowstr. 11/12, 13/14. Friedr. Jencke Uhren, Gold- waren, Schmuck. A. Krauß Schuhmacher, 14 Kolon- ialwaren, 15/16. Louis Lange Fleischermetz. Dresdnerstr. 82. Ernst Müller Kürschnermetz. Bismarckstr. 1. Paul Naumann Kürschnermetz. Bismarckstr. 5.	Radebeul A. Reichel Inh. C. Hohmann Bismarckstr. 11/12. A. Roch Metzgerei und Butterverkauf.	Wilsdruff Mattner Photographisches Atelier. Carl Plattner Herren- und Kinder-Garderobe. A. Schlichenmaier Möbel-Fahr- werk u. Magazin. Schützenhaus Wilsdruff Emil Haupt , Bäckerei. Clem. Heyne Konditorei Café, Weinb.
Bernh. Göthe Kinder-, Klapp- u. Leiterwagen Kartwagen, 10% Rabatt.	Leutewitz Otto Gersten Kolonial-, Drogen u. Waaren 5 Prozent Rabatt. Joh. Becker Schnitt- u. Weiß- waren 5 Prozent Rabatt Brauerei Leutewitz .	Niedersedlitz Fr. Günther Klempnermeister Kleinw., Hans- u. Köchenger. Max Otto Fahrräder, Nähmaschinen Erststelle. Vogels Möbelhalle das. Möbel, ganz Ausstattung in jeder Preislage. Bahnhofstr. 7. Goth. Feilner Fleischermetz. Dorfstr.	Radeberg Konfektionshaus R. Lederer 23 Dresdenstraße 23 Größtes Spezialgeschäft für Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe. S. MANNASS Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe. Apothek Homöopathische Arzneien. Restaurant Harmonie Arthur Gesellschafts-Saal Große Sächsischer Keller Oskar Gruauk.	Radebeul A. Reichel Inh. C. Hohmann Bismarckstr. 11/12. A. Roch Metzgerei und Butterverkauf.	Rabenu Glockner Klempnermeister Haus- u. Köchenger. P. Morgenstern Uhr-, Gold- u. Schmuckgeschäft.	Stetzsch H. Wagner Kolonial-, Olgar. Mehl, Futterartikel.
Paul Herrmann Manufaktur u. Modewaren. Herren- u. Damenkonfektion.	Herm. Kirsten Kürschnermetz. Herrenbedarfartikel aus selbst gearbeiteten Fellewaren. Cigarrenhaus Wunderlich Cigarren, Cigaretten, Tabak. Carl Chemnitz Bäckerei mit Motorbetrieb. Otto Eckert - Emma Eckert Cigarren - Kaffee, Erdbeeren Kaufhaus Eckstein Wirtschaf- tliche Geschäfte.	Leutewitz Otto Gersten Kolonial-, Drogen u. Waaren 5 Prozent Rabatt. Joh. Becker Schnitt- u. Weiß- waren 5 Prozent Rabatt Brauerei Leutewitz .	Radebeul A. Reichel Inh. C. Hohmann Bismarckstr. 11/12. A. Roch Metzgerei und Butterverkauf.	Rabenu Glockner Klempnermeister Haus- u. Köchenger. P. Morgenstern Uhr-, Gold- u. Schmuckgeschäft.	Stetzsch H. Wagner Kolonial-, Olgar. Mehl, Futterartikel.	Schmiedeberg Otto Weiss Brot- u. Weiß- bäckerei. Fr. Winkler Kunst-, Seiden-, Syst. F. Taubert Kürschnermetz. Kinderwagen. Max Müller Uhr-, Goldwaren, Reparatur, Export.

Morgen
Freitag
beginnt mein

grosser
Inventur-Verkauf
Berthold Wronkow

Dresden-N.
Hauptstrasse
4

Hasen

gefickt, die fürchten
a Stück nur **4.25**

Hafergänse, die letzten in dieser Saison . . . Pfund nur **80** Pf.

Halbe Gänse von **2.50** an

Viertel Gänse von **1.25** an

Alles andere **Geflügel und Wild** in grosser Auswahl

Frische Eier Mandel **1.15**

Feinste Tafelbutter Pfund **1.35**

Bei

Rosa Pacovsky

Telefon 6349 **Webergasse 21** Telefon 6349

Masken-Kostüme Bauern-, Tiroler-, Nationaltrachten
verleiht billigst **Klara Seyboth**, Wilsdruffer Straße 42.

Nittergutsbutter . . . Stück **65** Pf.

Backbutter, sehr fett . . . Pfund **120** Pf.

Große Brüdergasse 31, nahe Postplatz, **Osk. Fischer**.

F. H. Glitzner
Rosenstrasse, Ecke Ammonstrasse
empfiehlt feinen billigen
Inventur-Verkauf
in Saugiger Reberhofen, 1.50 bis 6.00 Pf.,
Lodenjoppen 3.50 bis 14.00 Pf., Sportheften
in großer Auswahl zu billigen Preisen
sowie alle einschlagenden Herrenartikel.
Verk. stückl. Artikel direkt aus dem Fass.

„Erno“
Sprech-Apparate, unzer-
stört in Qualität u. Preis. Bar
und Teilzahlung. Gr. Auswahl in
in Schallplatten, Tonophonen, Gram-
mophonen usw. stets das Neueste.
Reparaturen prompt.
Ernst Noack, Bürgerstr. 8.

Dauer-Wäsche
enorm billig.
R. Freisleben
Postplatz.
Man achte auf Firma.

Herren-Wäsche
Krawatten, Blaus Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, An der 11

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinbringen?
H. Lorenz
jetzt **Frauenstraße**
Ecke Schölergasse
wo man alle Uhren gut und billig
repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl
Herrschaftl. getr. Herrenkleider vorr.
billig Geblat, Dresdenstr. 8, 1.

Achtung!
Stahlfleisch . . . Pf. von 85 Pf. an
2 toh u. Niere . . . Pf. 95 Pf.
Schweinefleisch u. Karre Pf. 1 Pf.
Gewiegtes Pf. 90 Pf.
Gustav Klöss
6 Röhrhotsgasse 6.

Hausierer
zum Verkauf kleinerer Ephe-
n-Blätter, Eichen, E. Kirdner,
Blauen i. G., Wäpfer Str. 151.

Fahrrad-Mäntel
2 schlechte, Ketten, Fedale usw.
sowie alle Reparaturen schnell und
preisw. O. Schneider, Schützenstr. 11.

Mutterspritzen
Hygien. Frauenartikel
Fra Heusinger
••••• Am See 37 •••••
6/6c Eiboldswelder 110a.

Sie sind im Irrtum liebe Frau!



*Ich kenn' die Sache ganz genau:
Palmona sie ersetzt fürwahr
Die beste Butter ganz und gar,
Dafür ist sie in Stadt und Land
Bei Arm und Reich bereits bekannt.
Und selbst der allerschwächste Magen
Er kann Palmona wohl vertragen,
Denn ich als Arzt, ich sage frei:
Palmona oder Butter? - Einverlei!*

H. Schlinck & Co. A. G.
Hamburg
Alleinige Produzenten von
Palmona-Planken-Butter-Margarin

NO PHONY

Donnerstag
Gef
100. G
im
auf d
aber die
Die
Die Ent
langst
tanger
mit der
sogaler
nahme
auf die
beantw
Gonath
Reichs
geuch
Schrift
der Hof
das Kom
betraf
Erlaß
Reichs
dem Vor
hören
Gefch
reichte
seit der
dem Ge
Reichs
Stellung
auch he
der Reich
überprü
hebung
ist (bet
Die
Soll der
Sollen
der Reich
(Dresd
Sozialde
Auf St
prechung
Nationall
Staatsf
115. S
eine öff
politisch
Zußer
beraffung
Gefällig
untergeb
handlung
wiegenden
stehender
ber Mediz
Rechtlich
sich um
Entfasse
um an die
nein find
Schmach
Sollen.)
Im
Pöbel
heit erzi
Drohung
frühjahr
sollen vie
eignung
Lösungen
gewechelt
das Gut
worden, i
entzignet
zu wirtsch
stärker
Neuz befo
Hüter gre
das prou
der Kreu
unmittelb
genze, es
gegenseit
preußisch
Jurisprud
mung bei
nicht die
zu den
(siehe r
Schölgung
stungstwe
Sollen.)
Ergo h
sch, und
10000 M.
Fiktion!
brachte,
So urteilt
den Welen.)
unmöglich
sprich der
unmöglich
tutionier
doch nicht
der Ant
der Entz
Inaugural
schlungen
die Welt
Kontag zu
eigenen
fall bei den
Die fe
felle Inq
damit zu
der Reich
ordentlich
erkennen,
Staatsf
Närungen,
sie hier
Diese Qual
Parlament
bei der

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Reichstag.

100. Sitzung. Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsitz: Dr. Bisco.
Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Polen über die

Enteignung polnischer Gutsbesitzer.

Die Interpellation lautet: Die preussische Staatsregierung hat die Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedelungskommission in Angriff genommen. Was gebietet der Reichstagler zu tun, um dieser mit dem Geist der Reichsverfassung und mit der Reichsregierung unvereinbaren, in politischer wie sozialer Beziehung die Bevölkerung aufs tiefste erregenden Maßnahme entgegenzutreten?

Auf die Frage des Präsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werde, erwidert

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Bisco im Namen des Reichstages: Die Interpellation betrifft die Handhabung des preussischen Gesetzes vom 20. März 1908 über die Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in den Provinzen Westpreußen und Posen, das dem Staate das Recht verleiht, für die Ansiedelungskommission Grundstücke zu enteignen. Dem gleichen Gegenstand betraf schon die Interpellation der Polen im Januar 1908 vor Erlass dieses Gesetzes. Damals erklärte mein Amtsvorgänger: Die Reichsverfassung enthält keine Bestimmung, die dem geschlechtlichen Vorgesetzten eines Bundesstaates, das die Enteignung von Grundstücken zum Gegenstand hat, entgegensteht. Auch das Bürgerrechtsgesetz enthält solche Bestimmungen nicht. Die Maßnahmen, auf welche die Interpellation sich bezieht, gebietet somit zur Zuständigkeit der Landesgesetzgebung, die dabei nach den Vorschriften und dem Geiste der Reichsverfassung eine Einwirkung der Organe des Reiches nicht unterliegt. Derselben Erwägungen, die damals zur Ablehnung der Beantwortung jener Interpellation führten, gelten auch heute. Das preussische Gesetz vom 20. März 1908 steht mit der Reichsverfassung und Reichsregierung in keiner Weise im Widerspruch. (Schal bei den Polen.) Seine Ausübung und Handhabung ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens. (Hört! Hört!) Die Interpellation betrifft mithin Maßnahmen, die außerhalb der Zuständigkeit des Reichstages liegen. (Chorische bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich habe hiermit zu erklären, daß der Reichstagsler die Verantwortung der Interpellation ablehnt. (Beifall rechts. Unruhe bei den Polen, im Zentrum und den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. v. Garlinski (Polen) wird die Beantwortung der Interpellation gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen beschlossen.

Staatssekretär Dr. Bisco verliest den Text.

Abg. Sebba (Polen): Vor fünf Jahren bereits begündete ich eine ähnliche Interpellation, als der Antrag über die Enteignung polnischer Gutsbesitzer im Herrenhaus noch nicht verabschiedet war. Dieser Entwurf widersprach dem Geist und Wortlaut der Reichsverfassung und war geeignet, die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, das Vertrauen in die Sicherheit des Eigentums, zu untergraben. Der Versuch des damaligen Reichstagslers, die Behandlung der Frage hier zu verhindern, wurde von der überwiegenden Mehrheit als eine Pflicht vor der Verantwortung schwerwiegender Regierungsmaßnahmen bezeichnet und als Wahrung der Rechte des Reichstages. Auch heute wird die Mehrheit des Reichstages sich ihr Recht nicht nehmen lassen. Damals handelte es sich um einen Entwurf, heute um eine vollendete Tatsache. Es ist Tatsache geworden, daß aus politischen Gründen enteignet wird, um an die Stelle von Staatsbürgern, die der Regierung nicht genehm sind, andere zu setzen. Diese Tatsache ist eine Schande des 20. Jahrhunderts. (Beifallige Zustimmung bei den Polen.) Im Herrenhaus erhielt Herr Bisco damals nur mit Mähe eine Mehrheit, eine Mehrheit aus liberalen Bürgermeistern. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Diese Mehrheit erhielt er nur durch die Unterstützung, das Gesetz solle als Provisorium gelten und nicht angewendet werden. Auch im vorigen Frühjahr erklärte der Landwirtschaftsminister Ähnliches. Jetzt sollen vier Güter enteignet werden. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu zur Abwendung bestehender deutscher Widerstände und nur bei Gütern, die in der letzten Zeit die Weisheit gelehrt haben. Frau Biskowa, die enteignet werden soll, hat das Gut in der Erbauseinandersetzung mit ihrem Mann erworben, ihr Ehemann lebte es acht Jahre. Solche, der ebenfalls enteignet werden soll, hat sein Gut ehelich erworben, um darauf zu wirtschaften. Er ist der Nachkomme eines Offiziers, der 1870 für Preußen kämpfte und für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz dekoriert worden ist. (Hört! Hört! bei den Polen.) Welche Güter gehen nicht an deutsche Ansiedler. Trotzdem erwiderte das preussische Ministerium auf die Beschwerde, für den Begriff der Abwendung sei nicht erforderlich, daß das zu enteignende Gut unmittelbar an die abzuwandernden deutschen Widerstände grenze, es genüge vielmehr eine Nachbargröße, die die Anknüpfung gegenseitigen Verkehrs und Handels ermöglicht. So treibt das preussische Ministerium in seiner Interpretation mit der Logik und Jurisprudenz in geradezu zynischer Weise Polen. (Beifallige Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.) (Präsident Knepp ruft die Bescheiden muß bei solcher Interpretation verlieren gehen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Ein zweiter Punkt ist die volle Enteignung. Als ob irgendeine Entschädigung möglich ist für die staatsrechtliche Vertreibung von Haus und Hof. (Sehr wahr! bei den Polen.) Zudem aber hat für sein Gut 100 000 M. gezahlt, die er der Präsident der Ansiedelungskommission will davon noch 100 000 M. herantreiben. (Zuruf bei den Polen: Das ist Konfiskation!) Was ich diese Tatsache in einer Versammlung vorbrachte, rief man mir zu: Diebstahl! Raub auf offener Straße! So urteilt das Volk nicht mit Unrecht. (Beifallige Zustimmung bei den Polen.) Wir erachten das Gesetz vom 20. März 1908 für rechtswidrig. Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Gesetz widerspricht der Reichsverfassung. Die Anwendung dieses rechtswidrigen Gesetzes muß auf die ganze polnische Bevölkerung rückwirkend wirken, und das Ziel, die Degeneration der Polen, wird doch nicht erreicht werden! (Sehr wahr! bei den Polen.) Wir werden den Antrag stellen: Der Reichstag wolle beschließen, die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der Ansiedelungskommission durch den Reichstagler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages. Zu dieser milden Form sind wir durch die Geschäftsordnung gezwungen. Sinn der Reichstagler unfreier Antrag zu, so beurteilt er damit, wie sie es verdient, die Enteignungspolitik der Regierung auf das schärfste. (Beifallige Zustimmung bei den Polen.)

Abg. Wenbel (Soz.):

Wir sehen, die Regierung hat zu dieser Interpellation einen sehr bescheidenen Standpunkt eingenommen, sie will einfach nichts damit zu tun haben, räumt das Feld und verschwindet. Statt daß der Reichstagsler es für notwendig gehalten hätte, in dieser außerordentlich wichtigen politischen Angelegenheit persönlich hier zu erscheinen, schickt er und lediglich ein Stück Papier und einen Staatssekretär (Heiterkeit) und läßt sich beraten auf alle Erklärungen, die dadurch nicht besser und richtiger werden, daß man sie hier wiederholt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Haltung des Reichstages ist gewiß nicht geeignet, den deutschen Parlamentarismus in ein helleres Licht zu rufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Begriffe der Regierung beruht

auf eine Erklärung, die hier von der Regierung vor Jahren abgegeben worden ist. Aber die Interpellation Brandts, unterschrieben von 73 Mitgliedern dieses Hauses, ist neu, ist von gestern, und diese 73 Mitglieder stellen sich mit dieser neuen Interpellation auf den Standpunkt, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes eine Verletzung der Reichsverfassung darstellt. Selbst wenn die Regierung die Ansicht ist, daß die Polenpolitik und die Enteignung lediglich preussische Landesangelegenheiten sind und nicht hineingreifen in die Interessen der Reichsverfassung, so wäre es ungeheuerlich, wenn die Interpellation doch ihre Pflicht gemein, das wenigstens einigermassen auszuführen zu begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, das die Regierung beliebt, läßt eigentlich nur zwei Deutungen zu. Entweder ist der Regierung die Reichsverfassung und ihre Verletzung durch eine gewisse Menge billiger, eine Rücksicht, daß sie glaubt, darauf gar nicht eingehen zu brauchen, oder die 73 Mitglieder des deutschen Reiches sind über eine solche Quantität neugierig, daß sie glaubt, sich über die Verantwortung hinwegsetzen zu können. Aber wenn man das Verhalten der Regierung auch vom politischen Standpunkt aus keineswegs billigen kann, vom menschlichen Standpunkt finde ich es außerordentlich dumm. Ein gutes Bewußtsein hat es nicht nötig, sich hinter dem Mandat der Formalien zu verstecken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung darauf rechnen könnte, hier mit ihrer Politik Erfolge einzubringen, hätte sie das auch früher nicht getan. Aber wir besitzen uns hier nicht im preussischen Landtag, wo die durch das Verfassungsgesetz durchgeführten Abgeordneten in ihrer Mehrheit mit der Polenpolitik der Regierung durch die und dann gehen, sondern wir sind hier im Deutschen Reichstag, wo immerhin die Meinung der Rechten drängen im Lande unerschütterlich und fröhlicher zum Ausdruck kommt als hinter den sozialdemokratischen Tüchern der preussischen Landtage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb ist es sehr erklärlich, daß die Regierung den besseren Teil der Populisten, die Partei, gewählt hat. Wenn wir Sozialdemokraten hier mit aller Entschiedenheit gegen die Enteignung von Grundbesitzern, die Gegenstand der Interpellation ist, auftreten, so geschieht das nicht ohne böshafte Schadenfreude darüber, daß die Reichsregierung hier wieder einmal die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Denn in diesem Falle müssen wir, die „Umstürzler von Peruz“, die Verfassung gegen die „Staatsretter von Peruz“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir, die Internationalisten, müssen uns des nationalen Rechts eines unterdrückten Stammes annehmen gegen die Völkertrüge des nationalen Gedankens, und wir, die wiederholten Feinde des Privatigentums, müssen das Privatigentum verteidigen gegen seine ultranationalistischen Anhänger. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir das tun, so geschieht es wahrhaftig nicht um der schönen Augen der Polen wegen. Ganz im Gegenteil, meine Parteifreunde in den östlichen Provinzen bedauern sich sehr lebhaft über die nationalpolitische Prozedur, die mit einer gewissen unheimlichen Heftigkeit darüber hinweggeht, daß auch die Sozialdemokratie sich der nationalen Rechte der polnischen Bevölkerung ernimmt. Die Nationalisten wollen aus nachfolgenden Gründen das Monopol dieser Vertreibung haben. Vor allem liegt uns natürlich an den polnischen Kindern genau so wenig wie an ihren Klassenossen, den preussischen Junkern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir machen gegen die Polenunterdrückungspolitik Front aus dem tiefen Gefühl für Recht und Gerechtigkeit heraus, das der modernen Arbeiterklasse und ihren politischen Vertretern unerschütterlich im Innern liegt wie die roten und weißen Mäulchen. Es wäre allerdings zweifellos, den Schwärmen für die Sozialistenpolitik, die natürlich zugleich ihre Anhänger sind, mit Rechtsgründen zu kommen, das wäre ein Versuch um durchaus unzulässigem Objekt. Doch ihr Vorgehen mit den Geboten der Ethik nicht im Einklang steht, ist für die Sozialisten an sich ein Gegenstand milderer Bedenken, und wenn etwas an diesen unerschütterlichen Dingen erforscht ist, so die Offenherzigkeit, mit der sich die Sozialisten zu ihrer ethischen Dilettanten, wie ich einmal sagen, bekennen. Einer ihrer hitzigsten Vorkämpfer, Augustin Wagner, hat auf einem Klimaxentage erklärt: „Wir wollen den polnischen Volk verringern, was dabei aus den Polen wird, geht uns nichts an.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sagte weiter: „Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich ironisch gefragt, ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei wohl Bedenke. Das ist auch Bedenke.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ein Mitglied des Reichstages, der Abg. v. Liebert, hat für die Polenpolitik den Grundgedanken proklamiert: „Nacht geht vor Licht“, — er rief mit heftiger Stimme — ein sehr lapidarer Grundgedanke, der aber eigentlich besser paßt zum preussischen Kaiserthum, auf dem ja Herr v. Liebert selbst weiß, als zum

Heinen Katedismus.

in dem er wenigstens Bescheid wissen sollte. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Grundgedanken mit den Prinzipien der Ethik in Einklang zu bringen, dazu gehören schon die Eigenschaften eines Schlangengemeinen, der sich durch die Sprossen einer Leiter hindurchwindet. (Heiterkeit.) So wenig ich an die Ethik der Sozialisten appelliere, so wenig will ich appellieren an die Kulturgeschichte. Als die Enteignungsvorlage eingebracht wurde, hat der bekannte polnische Dichter Sienkiewicz die Meinung hervorgebracht, daß die Länder darüber in einem Augenblicke gekämpft. Es befinden sich Namen von Weltkulturanführern, das Werk ist in seiner Art ein Kulturspiegel, aber wenn man hineinblickt, ist man nicht gerade entzückt davon, ein Deutscher zu sein, denn alle diese Stimmen sind einzig in der Wandlung dieser Verfassung, und was prinzipiell nicht als die Entzückung, ist das Entzücken bei vielen, das Befremden darüber, daß in einem Volke, das stolz ist auf seine Zivilisation, das auf seine großen Dichter, bei einem Volke des 20. Jahrhunderts, davoriges überhaupt möglich ist. Es finden sich darunter Männer aller Parteien, wie ich ausdrücklich betonen möchte, auch viele Freunde deutschen Wesens, die nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, sondern auch im Namen des Christentums Einspruch erheben gegen die Enteignungspolitik. Da schreibt A. v. der Herrere Knapp — er ist der Rechten allerdings verhaftet, denn er ist der Herrere Knapp — am 24. November 1912 von der gemäßigten Friedensbewegung des Sozialismus widerhallend. Dieser Herrere Knapp: „Es verleiht sich um E. ganz von selbst, daß jeder, der das Evangelium predigt, aber sich dazu bekant, solche Dinge verurteilt, denn sie schaden seinem Geiste und Gemüte.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Da in Deutschland ein evangelisch-orthodoxes Volk, der „Reichshof“, es fertig gebracht hat, zu schreiben: „Im Namen des Christentums muß gegen die Friedensbewegung vorgehrt werden.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So zweifle ich nicht daran, daß sich auch hier Reiter des Christentums finden werden, die es für die ehrenhafteste Wähe der christlichen Weltanschauung ausgeben, wenn Leute ohne Schuld von ihrem Haus und Hof verjagt werden. Wir Sozialdemokraten sind auch deshalb Gegner der Enteignungspolitik, weil es sich um die brutale Anwendung eines brutalen Ausnahmengesetzes handelt, mit dem ja nach Camou's bekanntem Wort jeder — ich will den Satz aus dem Zoologischen ins Parlamentarische übertragen — gelähmte Widerstande (Heiterkeit) regieren kann. Vor allem werden wir uns dagegen, weil es sich hier handelt um eine eklatante Verletzung der Reichsverfassung. Das so benannte Indigenat, das in § 3 der Reichsverfassung den Angehörigen jedes Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate u. a. festen Wohnsitz und Erwerb von Grundstücken gewährleistet, wird dadurch verletzt. Es heißt ausdrücklich: „Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Befugnisse durch die Obrigkeit seiner Heimat über die Obrigkeit eines anderen Bundesstaates behindert werden.“ Ich will nur theoretisch folgenden Fall annehmen. Ein deutscher Sozialdemokrat läuft sich im Bereich des Enteignungs-

paragrafen ein Gut, und die Ansiedelungskommission fällt gerade dieses Gut geeignet für ihre Zwecke und expropriert den Inhaber. Der Inhaber beschwert sich bei seiner Regierung und mit vollem Recht wird dann der österrische Bundesratspräsident beim Reichstagsler Beschwerde erheben wegen Verletzung der Reichsverfassung durch Anwendung dieses preussischen Gesetzes, und das nach Artikel 4 der Verfassung die Bestimmungen über Niederlassung der Bewilligung durch das Reich unterliegen, so wird in diesem Falle schleunigst und energisch der Reichstagsler v. Bethmann gegen den preussischen Ministerpräsidenten v. Hollweg (Heiterkeit) einschreiten müssen. Das wäre die Pflicht des Reichstagslers, er dürfte aber dann auch nicht abwarten, bis dieser Fall sich praktisch ereignet, sondern müßte sich im Prinzip gegen das preussische Gesetz wenden, das die Reichsverfassung durchbricht, und wenn er das nicht tut, wenn er pflichtvergessen handelt, so ist es Aufgabe des Reichstages, wenigstens der konstitutionellen Partei, dem Reichstagsler mit allem Nachdruck zum Gehör zu bringen, was seines Amtes ist, um so mehr, als die Herren Junker ja jederzeit geneigt sind, aus dem Papier, auf dem die Reichsverfassung steht, Fibbis zu drehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf einem Lokaltag in Bromberg hat bekanntlich Herr v. Liebenow gesagt: „Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn der eine oder andere in überhöher Bewußtlosigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung!“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch das Bekenntnis einer schönen Seele, auf ein böses Verfassungsbuch kommt es den Polenfreunden nicht weiter an. Es kommt ihnen auch nicht an auf ein böses Revolution, denn die Enteignung ist, darüber wollen wir uns im Klaren sein, ein Stück Unrecht, allerdings ein Stück Unrecht von oben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unlängst hat Kollege Gröber hier wegen der Anwendung des Verfassungsgesetzes den Bundesrat in Parallele gebracht mit dem französischen Nationalkonvent von 1793. Ich will nicht entscheiden, ob mit Recht oder Unrecht, aber bei der Polenenteignung trifft allerdings der Vergleich des preussischen Ministeriums mit dem französischen Konvent in Schwarz. (Lache des Präsidenten, lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wenbel (fortfahrend):

Es ist mir allerdings wohl bewußt, daß ein gewisser Unterschied besteht, zwischen dem Bürger Kobespiere und dem Bürger Bethmann Hollweg (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Aber der Vergleich fällt in diesem Falle noch zugunsten des französischen Konvents aus, denn damals wurden nur Leute enteignet, die gegen ihr Vaterland die Waffen getragen hatten, hier aber werden Leute von Haus und Hof gejagt, ohne daß auch nur ihre Bestimmung dabei in Frage kommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Enteignung in Preußen verstoßt gegen jedes christliche und juristische, gegen jedes politische und allgemein menschliche Empfinden. Sie darf aber in dem Teile Preußens, in dem Teile des Staates, der die Arbeiterklasse unterdrückt, der den Angehörigen einer Konfession, den Juden, das Stigma der Minderwertigkeit aufdrückt, nicht fehlen. Preußen hat schon mehr enteignet als ein paar Mittelglieder. Die Wesen werden wissen, daß das Volk den Versuch am Heim der preussischen Garde „Suum cuique“ (jedem das Seine) überließe mit „Jedem das Seine rauben“. (Heiterkeit.) Auch die Polenenteignung ist den Preußen nicht Neues. Friedrich II. war der erste preussische König, der mißgünstig war an dem polnischen Erbprinzen der Teilung Polens. (Präsident Knepp ruft den Redner zur Ordnung.) Dieser Ausdruck ist nicht von mir formuliert, sondern von einem Manne, der gerade in dem Jubiläumsjahr 1913 als einer der größten Männer Deutschlands gefeiert wird, vom Freiherrn v. Stein. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Knepp: Ich habe hier zu verhindern, daß unparlamentarische Ausdrücke gebraucht werden.

Abg. Wenbel (Soz.):

Friedrich II. hat auch die Polenenteignung bereits in Angriff genommen und sich dabei der Epithel bedient. Er ließ polnische Gutsbesitzer in den neuerworbenen Landesteilen aufstellen, damit sie den Aufgangsbau betrieuerten, und er so einen Vorwand braute, ihnen die Güter wegzunehmen. So wenig das zu rechtfertigen ist, so zeigt sich doch darin ein gewisses Antanzengefühl; er schuf Hochverräter, weil er nur Hochverräter enteignen wollte. Heute aber wird drauflos enteignet, ohne nach Schuld und Verdienst zu fragen. In der vormärzlichen Zeit hielt man ein Edikt, das auf die systematische Vertreibung der Polen hinwirken sollte, geheim, man schämte sich damals noch. (Zuruf: Das ist schon lange her!) Inzwischen hat man ein robusteres Bewußtsein bekommen, und proklamiert, wie zu den Zeiten des Marins und Sulla. Dem Vater der preussischen Polenpolitik, dem Fürsten Bismarck, erziehen es als ein Hindernis, mit den Polen fertig zu werden. Aber der Verlust ist auf der Seite des Preussentums gewesen, und der Gewinn wird — besten können Sie sich sein — bei Rom sein. (Große Heiterkeit und Zuruf: Sehr wahr!) In den 25 Jahren vor der Ansiedelungspolitik hat sich der polnische Volk um 100 000 Hektar vermehrt in den 21 Jahren der Ansiedelungspolitik hat er sich um 100 000 Hektar vermehrt. (Hört! Hört!) Und so wird es mit dem Enteignungsgesetz weiter gehen. Man wollte die Besitztümer durch dieses Gesetz verhindern und hat sie erst recht gefördert. Deshalb begreift man, warum die Konservern diese Politik auf Verberd und Geduld trotz aller Bedenken mitmachen; denn „wenn das Geld im Rest entlingt, der Junker selbst durch das Hegefeuer springt“. (Heiterkeit.) Auch die Beamten haben Worte von dieser Politik durch die Ostmarkenlage; ferner die Großindustriellen des Westens, denen billige Arbeitskräfte zufließen. Geschädigt werden die deutschen Kaufleute durch den Verlust der Polen. Vier polnische Feiler werden enteignet und 400 deutsche Kaufleute und Händler werden dadurch ruinert. Welch grandioser Gewinn für das Preussentum! (Jumal gleichzeitig 10 000 polnische Arbeiter nach den westlichen industriellen Bezirken vertrieben werden. Dort entstehen große polnische Gemeinwesen. In den Regierungsbezirken Kreuzberg und Königsberg gab es 1905 in den Volkshäusern 4000 Kinder, die nur polnisch sprechen konnten, 1911 gab es deren schon 20 000. (Hört! Hört! Mit einem Fremdwort nennt man das „Germanisierung“. (Große Heiterkeit.) Darüber sollte man sich entzücken, daß hier in rein deutschen Gebieten die Sprache Goethes von der Sprache Koranits verdrängt wird. Aber die polnischen Arbeiter sind anspruchslos, und in ihrer verdamnten Bedürfnislosigkeit den Industrieherrn als Lohnbrüder und gottgemachte Streikbrecher angenehme Gäste. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere Spielart der Sozialisten sind die konservativen Grundbesitzer. Auf der Kränze hier sagen sie: wir haben unviel Polen im Lande; aber dabei auf ihrer Mittigkeit meinen sie, sie haben zu wenig Polen, und geben Jahre für hohe Hunderttausende von polnischen Arbeitern aus Ausland und Galizien herbei. Den

Import von billigem Schweinefleisch

verhindern sie mit allen Mitteln, billiges Menschfleisch können sie gar nicht genug importieren. Darüber kann sich nur wundern, wer nicht weiß, daß bei den Katalanen das Bottenmonnaie einen sehr großen Teil des Organismus ausmacht. (Große Heiterkeit.) Die Sozialisten wollen auch das polnische Würgerium in den Städten ruinieren, indem sie die Städte mit deutschen Dörfern umgeben. Selbst wenn der Erfolg haben könnte, würde man doch nur eine Reihe polnischer Flüchtlinge proletarisieren; man kann ihnen den polnischen Stammlader nehmen, aber nicht die polnische Dora. (Sehr richtig.) (Lachen des Anwesenden.)

Polen, über die Fürst Bülow gesagt hat, kommt die Regierung nicht auf, wenn sie nicht alle männlichen Polen in den Zustand versetzen will, der für die männlichen Nachkommen des Sultans als Bedingung gilt. (Eifrige Heiterkeit.)

Warum hat die Regierung gerade jetzt das Enteignungsgesetz angewendet, während sie doch in den Tagen internationaler Spannung alle Volksteile beruhigen mußte. 1866 und 1870 schied der General von Steinmetz die Regimenter aus Polen unter den Klängen des Marschalls Polens nicht verloren ins Feuer, die habsburgische Kaiserin hat die großen Umwälzungen im Orient kühn die preussische Regierung lernen, daß auch Urteile des Weltgerichts, das ja die Geschichte bildet, einer Revision unterliegen. Der Hauptfehler der Türken war eine falsche Nationalitätenpolitik, der Versuch der gewaltsamen Osmanisierung. Die Nationalitäten jammern, daß die Umwälzung auf dem Balkan die Macht des Sultans gestärkt und die Polen ermutigt habe. Bismarck hat diese ganze Politik unternommen, um die Gefahr des Panislamismus zu bannen, als Aufruf durch den Zusammenschluß mit Frankreich übermächtig zu werden drohte. Der Erfolg der Politik ist Stärkung des Panislamismus.

Fürst Bülow vertritt die Enteignung solle nur zur Verteidigung des Reichs zum Zweck werden. Was ist denn nun geschieden? Schneiden die Polen habsburgische Pläne, will Herr Seyda als moderner Khadim des Reiches seine Scharen gegen die Wägen des Reiches führen? (Heiterkeit.) Heinrich Deine sagt: Die Handlungen eines Fürstentums wie die eines Königs liegen außerhalb jeder Berechnung. Wandler hält den Reichstag für leicht für ein Genie. (Große Heiterkeit.) Wir anderen 7 hmen die andere Erklärung. Nun hat die preussische Regierung überhaupt nicht Furcht vor den Polen, vielmehr aber vor den Polen, deren zu denen ja die Altpolen gehören, denen die Regierung zu weichen ist, die es nicht verschmerzen können, daß wir wegen Marokko nicht Krieg mit der halben Welt geführt haben, und die es dem Reichsfürst nachtragen, daß er ihnen hier im November die Wölfe vom Gesicht gestrichen hat. In der „Post“ schrieb Herr v. Helldorf, daß das Vertrauen zur Regierung bedenklich erschüttert sei und auf den Rücktritt fassen müßte, wenn auch der Kurs der Polenpolitik nicht fehlerhaft. Im Herbst darauf wurde die erste Enteignung vorgenommen. Sollte gar kein Zusammenhang bestehen? (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung ist an die Enteignung wohl nur mit demselben Gefühl gegangen, wie der Teufel ans Schwafeln. Aus Sozialdemokraten klingt das Wort „Enteignung“ nicht als Ehr. Es ist ein der dumpesten Worte. Freilich ist diese Enteignung nicht sozialistisch, sondern höchstens anarchoistisch. (Heiterkeit und sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Denn sie wird gegen eine Nationalität und von einer kleinen Minderheit gegen die Mehrheit vorgenommen. Aber die Konservativen und Nationalisten haben damit doch das Prinzip durchbrochen, auf dem ihre Politik sich aufbaut, das Prinzip von der Unantastbarkeit des Privateigentums. In der Praxis der deutschen Konservativen ja immer enteignet, ich erinnere nur an die Klotterke und Hübner, die auf der Landstraße sehr energische Enteignungen vornahmen, um an die Enteignung des habsburgischen Grundbesitzes. Aber in der Theorie, auf dem Papier, war das Privateigentum immer heilig, und der Jude Saksinger, der unter dem Namen „Friedrich Julius Stahl“ als Vertreter des christlich deutschen Staatsgedankens nicht (große Heiterkeit), hat das Grundeigentum für das allerheiligste Volkswort erklärt. All das haben sie (noch rechts) mit der Zustimmung zum Enteignungsgesetz verleugnet. Und Sie haben sich so des moralischen Rechtes beraubt, über die Ziele Ihrer Gegner einzusetzen zu sein. Sie haben die Frage der Enteignung aus dem Bereich der Rechtsfragen in das der Machtfragen gerückt. Solange Ihr Eigentum noch von Majorellen ungestört ist, mag Ihnen das bedeutungslos erscheinen. Aber die Dinge ändern sich und wenn an die große Enteignung gegangen wird, so wird Ihre kleine Enteignung von heute diese rechtserlösen, und man wird sich dann vielleicht im Stillen sagen: Jetzt wird Dir mit demselben Maße gemessen, mit dem Du andere gemessen hast. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Koenig ländigt an, daß die Abstimmung über den Antrag Brandes eine namentliche sein wird.

Herr Graf Trautmann (L.): Es war falsch vom Reichskanzler, daß er sich hinter formale Einwände zurückzog. Die Regierung wird auf diesem Wege nie zum Ziele der Beruhigung der polnischen Bevölkerung kommen. Immer härter wird die polnische Bewegung nach Oberdeutschland und in die Industriegebiete übergreifen. Die Polen werden erhitert und radikalisiert, noch dazu in einer Zeit, die eine bodenständige konservative Bevölkerung verlangt. Das Enteignungsgesetz ist ein Spiel mit dem Feuer, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Es gibt unüberwindliche Gründe, die weder aus Zweckmäßigkeit noch aus Notwendigkeit beseitigt werden dürfen. Wie werden dem Antrag der Polen zustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Herr Schlegel (natl.): Wie weisen die Behauptung zurück, daß das Enteignungsgesetz der Reichsverfassung widerspricht. Der

Grundgedanke der Enteignung ist nicht neu. Das Königreich Polen hat früher gegenüber Preußen nicht anders gehandelt, und müssen sich daran gewöhnen, nicht Preußen auf Kündigung, sondern auf die Dauer zu sein. Wenn die Deutschen jetzt zum Vorkauf gegen die Polen greifen, so wenden sie nur ein Mittel an, das die Polen gegen sich schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts angewandt haben. (Widerpruch bei den Polen.) Wir behandeln die Polen mit Gerechtigkeit und werden mit ihnen fertig werden, und auch mit Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten. (Bravo! bei den Nationalisten.)

Herr Graf v. Garmar (L.): Die Regierung ist hier so angegriffen worden, daß man manchmal den Eindruck hatte, nicht im Deutschen Reichstag zu sein, sondern in dem Parlament eines Staates, der der erbitterteste Feind Preußens ist. (Sehr gut rechts.) Die ganze Frage geht nicht vor den Reichstag; er macht sich heute eines schweren Einbruchs in die Rechte der Einzelstaaten schuldig. Die Polenpolitik hat Preußen allein zu verantworten und nicht das Reich. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag Sieg (natl.) wird beschlossen, die namentliche Abstimmung über den polnischen Antrag erst morgen vorzunehmen.

Herr Dr. Fehde (Sa.): Wir brauchen die Polenpolitik im deutschen Interesse. Die Geschichte hat gesprochen; preussischer Boden muß es bleiben. Aber die Enteignung ist nicht das richtige Mittel. Durch diese Erschütterung des Eigentumsbegriffes haben Sie (noch rechts) der Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand gegeben. Wie diese Waffe gegen Sie benutzt werden wird, davon hat die Menschheit heute einen Vorgeschmack gegeben. Durch eine vernünftige Sozialpolitik und gutes Verwaltungswesen müßten die Polen zur Annahme deutscher Kultur gewonnen werden. Wir richten unsere Angriffe gegen die preussische Regierung, der polnische Antrag merkt sich gegen den Reichskanzler. Weil wir die Unantastbarkeit des Privateigentums respektieren müssen (Hört! Hört! rechts), werden wir uns der Abstimmung enthalten. (Lebhafter Beifall! Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten, Bravo! bei der Volkspartei.)

Herr Herrin (Sp.): Nach diesem Meisterstück der Diplomatie (Große Heiterkeit) will ich nur betonen, daß wir die Unantastbarkeit an den Anfang stellen. Herr Wendel hat von der Enteignung gesprochen, nun 1869 wurden die Rittergutsbesitzer gezwungen, die Hälfte ihres habsburgischen Besitzes zu verkaufen. (Hört! Hört! rechts.) Die Polen sollten lieber, statt solche Anträge einzubringen, dafür sorgen, daß friedliche Verhältnisse in den Ostmarken geschaffen werden. (Bravo! rechts.)

Herr v. Rosenfeld (Polen): Die Antierbitten untertraben mit ihrer Enteignungspolitik den Baum, auf dem sie selber sitzen. Wir bekommen noch einmal den Polen zurück, denn geräuschlos hat der Baum der Mäurer keinen Feind. (Bravo! bei den Polen.)

Herr Kanten (Lüne): Die Erfolge der deutschen Politik in den Grenzgebieten gleichen sich überall: die Gegensätze verschärfen sich und das Feindschaftum geht zurück.

Herr Thumann (Lüne) protestiert gegen jedes Ausnahmengesetz und gegen das Enteignungsgesetz.

Herr Lebehaus (Soz.): Die vorzüglichsten Ausführungen meines Freundes Wendel hätten es eigentlich überflüssig gemacht, noch einmal unsere Stellung zu präzisieren, wenn nicht einige Vertreter der bürgerlichen Parteien wieder versucht hätten, mit nationalen Gründen, wobei sie sich als Vertreter des deutschen Volkes aufspielten, die unantastbare Enteignungspolitik zu verteidigen. Herr Schlegel meint: es stehe in der Angelegenheit nicht drin, daß das Gesetz gegen die Polen Deutsche anwandeln sollte; es könne dem Wortlaut nach auch gegen Deutsche angewandt werden. Damit hat er den Scheiter gestrichel von dem Rued, den man bei Abfassung des Gesetzes verfolgte. Man hat ihm geflissentlich eine Form gegeben, so daß es sich nicht nur gegen Polen richtet, in dem Bewußtsein, daß es doch nur gegen die Polen angewandt werden soll. Das ist weiter nichts, als abgrundtiefe Feindschaft.

Präsident Koenig: Ich nehme an, daß Sie mit dem Wort Feindschaft nicht Mitglieder des Hauses gemeint haben.

Herr Lebehaus (Soz.): Ich hatte „abgrundtiefe Feindschaft“ gesagt. (Heiterkeit.) Wenn die Anhänger der Enteignung so tun, als sprächen sie im Namen des deutschen Volkes, so habe auch der Verlauf der Debatte gezeigt, daß zweifellos die große Majorität dieses Hauses, die das deutsche Volk in seiner großem Mehrheit vertritt, gegen das Gesetz ist. Ich weise auch den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei die große Ehre an, daß ich sie zu den ausgesprochenen Gegnern des Enteignungsgesetzes rechne (Heiterkeit), obgleich sie heute durch ihre Haltung eine etwas köstliche Rolle gespielt haben. Der einen solchen Gesetz heißt es garde bekennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Fall aber sind hier im Hause etwa 270 Gegner gegenüber nur 125 Anhängern des Enteignungsgesetzes, d. h. mehr als zwei Drittel der Vertreter des deutschen Volkes verurteilen das Gesetz. Hierbei tritt wieder sinnfällige Autone, zu wech

stehenden politischen Differenzen die Verschiedenheit des Meisttagsmehrschritts und des preussischen Landtagsmehrschritts führt. Die Reichsverfassung ist, daß die Politik des Reiches und Preußens noch einhelliglichen Gesichtspunkten geleitet werden muß. Dann ist aber die notwendige Voraussetzung, daß die Regierung im Reich und in Preußen von einer Volkswahl abhängt, die auf Grund desselben Wahlrechts gewählt ist. Deshalb appelliere ich an die Polen und an das Zentrum, sie mögen jede Gelegenheit benützen, direkte Wahlrecht einzuführen. Ihre Haltung im preussischen Landtag hat leider bisher das Gegenteil bewiesen. Sie können nur dann gegenüber den Ausnahmengesetzen gegen die Polen und gegen die Demokratie in dem großen Wahlrechtskampf in Preußen einwirken. Siehe sich in diesem Kampfe eine so starke Stellung, wie Sie hier im Reichstag zu gewinnen, so würde selbst ein Volksmann Hollweg seinen Widerstand aufgeben müssen. Sie sind schuld daran, daß das Zentrum in Preußen noch eine solche Macht hat, daß es nur in wenigen Exemplaren (Auf: Oertel! Große Heiterkeit) — ich meine natürlich nur zahlenmäßig — existiert. Im übrigen erlaube ich an, daß sehr gewichtige Exemplare, nicht des Zentrum, sondern seiner Helfershelfer dort liegen. Die Polen sind von der Schuld nicht freizusprechen, daß sie bei der Finanzreform die kleine Zentrumspartei wieder in den Sattel gehoben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben damals offenbar auf die Dankbarkeit der Herren gerechnet, aber Sie haben sich gründlich getäuscht, man hat Ihnen nach einem Jahrzeit ebenbürtig verachtet. Deshalb sollten Sie künftig wenigstens prinzipiell Opposition machen gegen die Politik der Junter. Wenn Sie diese Konsequenz nicht ziehen, so bin ich doch überzeugt, die polnische Bevölkerung, insbesondere die polnischen Arbeiter, werden diese Konsequenz ziehen. Sie werden nicht länger mehr zusehen, wie Sie eine agrarische Politik treiben. Wachen wir doch auch im Westen, wach polnische Arbeiter so häufig durch die Unternehmung als Lohnarbeiter herübergeholt werden, die Erfahrung, daß wenn sie erst die Verhältnisse dort näher kennen gelernt haben, sie es sehr gut verstehen, an der Seite unserer Fortschrittlichen sich in den Volkskämpfen tüchtig zu schlagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Graf Garmar auf die Frage nicht näher eingegangen ist, begreife ich; denn die Junter haben sich verteilten lassen, die Seite mitzumachen, aber es ist ihnen sehr unheimlich dabei. Sie gleichen dem Viren, der dem Honigwurm nachgeht, aber so viel Honig saugt, daß er Erbrechen bekommt. (Heiterkeit.) Der sehr Honig der kapitalistischen Verwertung ist ihnen in die Nase gestrichen, aber sie werden an dem süßen Honig verrecken. Aus Ihren Reden für das Enteignungsgesetz merkt man die Schärfe für die Agitation zusammenzutragen. Wir werden die Politik zum guten Ende führen, die Sie aus heiliger Ehrlichkeit und Ehrlichkeit gegen eine nationale Minderheit unternehmen haben. Wir werden den Gewinn und Boden um irgendeiner Abgrenzung erproben unter der Leitung auf Ihre Worte und Taten. Tann wird es keine unterdrückten Nationalitäten und keine unterdrückten Völker mehr geben, und das deutsche Volk wird frei von der Schmach und Schandverbrechen sein, die die habsburgischen Grundbesitzer, Spekulanten und Hochverbrecher ihm beibrachten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Koenig erklärt den Ausdruck „gehässige und habsburgische Politik“ gegen eine Partei des Hauses für unzulässig.

Herr v. Trautmann (Polen): Die preussische Regierung gleicht dem Mann, der da sagt: „Ich habe meine Frau belübt, ich habe sie morgens, ich habe sie mittags, ich habe sie abends, und sie läßt mich doch fort!“ (Große Heiterkeit.) Die Anstaltskommission treibt geradezu offenen Straßenraub. Wenn die preussische Regierung von dieser Politik abläßt, sind auch wir zum Frieden bereit. (Beifall bei den Polen.)

Herr Wumm (Wirtsch. Sa.): Wir werden uns an die Debatte über diese rein preussische Angelegenheit nicht beteiligen. (Große Heiterkeit.)

Herr Dr. Fehde: Wir enthalten uns der Abstimmung, weil der Antrag in seiner jetzigen Fassung konstitutiv ein Konfession ist. Für die Handhabung eines preussischen Gesetzes können wir nicht den Reichskanzler, sondern nur das preussische Staatsministerium verantwortlich machen.

Herr Lebehaus (Soz.): Jede staatsrechtliche Handlung in einem Einzelstaat kann gegen die Verfassung verstoßen, und dann ist der Reichskanzler berufen, dagegen einzuschreiten. Das Enteignungsgesetz und seine Ausführung verstoßen gegen die Reichsverfassung, und die Abstimmung über den Antrag der Polen bietet die einzige Möglichkeit, eine Verurteilung des unantastbaren Verhaltens der Reichsregierung gegenüber diesem Verstoß auszusprechen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Das Haus verlegt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (namentliche Abstimmung über den Antrag Brandes, 2. Lesung des Reichsfinanzgesetzes). Schluß 7 1/2 Uhr.



Verlangen Sie die 2 1/2 Pf.-Cigarette Jasmazi-Dubec mit Mundstück-mit Gold Nur echt in der Packung mit dem Dubec-Blatt Georg A. Jasmazi A.-G., Dresden Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Rizzi-Keller, Güterbahnhofstraße 8. Sonnabend den 1., Sonntag den 2. u. Montag den 3. Februar. Urfideles Falschingsfest mit Rizzi-Bockbier-Ausichank. Dazu Raubharn, Freunde und Gönner ergebenst einladen. Franz Wassanick und Frau.

Musenhalle. Einziges Varieté und Volks-Theater des Westens. Heute neues Programm! Nach 20 Jahren. Vollständig in zwei Abteilungen. Der gute Onkel. Kurleske. Und der berühmte Soldaten! Kino-Einlagen! Freitag: Abschieds-Vorstellung! Besonders neues Programm! Sonnabend: Neue Truppe aus Magdeburg. Sonntags drei Vorstellungen.

Kino Leuben-Laubegast empfiehlt sich einer geeigneten Beachtung. Die Direktion.

Stadt Amsterdam, Laubegast. Freitag den 31. Januar Großer öffentlicher Maskenball Herren 7 1/2 Pf. Damen 50 Pf. Parole Schneiderleh! Zum Stiftshof. Est Stiftstraße. Verkehrslokal der Metallarbeiter. Großer Vereinszimmer noch einige Tage frei in der Woche.

E. Schurigs Restaur. 14 Stiftstraße 14. Großer Mittagstisch. Freitag: 7-11. Schachfest. Verkurs-Lokal der Metallarbeiter.

Bob v. Neumanns Wohnung Remsch-Dr., Schürer, 2. Alte Zeiten über. elektrisch. Licht. Bad. Dampfbad. Massagen usw. Exquisite Restauration - Essen und Trinken gut. :: Kellerstraße-Engen.

Salzthof Leuben. Einem geehrten Publikum von Leuben und Umland. Hierdurch die ergebene Anzeige, daß wir diesen altrenommierten Salzthof, Kauger, Ball- und Garten-Etablissement vollständig übernommen haben. Wir werden bestrebt sein, den Wünschen aller unserer werten Gäste in jeder Weise gerecht zu werden und auf Küche und Keller stets die größte Sorgfalt zu verwenden. Verschiedene Gesellschaften und Gesellschaften halten wir unsere Lokaleiten zur Abhaltung von Festlichkeiten jeder Art sowie zu Versammlungen und Vereinsabenden bestens empfohlen und bitten, unser Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen. Hochachtungsvoll. Emil Heinze u. Wilh. Trauschke. Leuben, den 30. Januar 1913.

Arnold-Hof Arnold-str. 1. Sonnabend und Sonntag Großer Bockbier-Rummel Freitag: Nacht-Schlachtfest! Hierzu laden freundlichst ein Moritz Frelor u. Frau. Restaurant Zum Vater Jahn. Jahnstraße 1, Weidenplatz. Gilt sich bestens empfohlen. Vorzügl. Speisen u. Getränke. Vereinszimmer nur gest. Sonntag. Franz Weinhardt und Frau.

Müllers Restaur. „Zum Vater Kohl“. Flotenhauerstraße 33. Sonnabend den 1. Februar und folgende Tage. Bock-Bier-Rummel! Kostlos gratis! 2. Bockwürst! Musikal. Unterhaltung.

Damen. empf. best. Spinnapparate, Nähmaschinen, etc. etc. und werden sich bei Ertörung vertrauensvoll an Frau Fröhlich, Schürer 23, 1.

